

Der Wert-Arbeiter

Vereinzelte seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1076.

Inserate pro 3 gepaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten-, Abonnements- und Verbandsgebühren sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 116 000 Exemplare

Inhalt:

Eine Arbeitgeberpartei. — Unternehmerterrorismus und Vertragsbruch. — Hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter gebessert? — Die ökonomischen Wirkungen der Kartelle und Syndikate. — Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907. — Der Rückgang der schlesischen Glend-Industrie. — Oesterreichs Gewerkschaften im Jahre 1907. — Aus der Geschichte der Bewegung der russischen Textilarbeiter. — Fortschritte der Wohnungshygiene. — Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Aus Handel und Industrie. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen. — Feuilleton: Zur Geschichte der Wandwerkstoffe. — Die Entwicklung der Spitzenindustrie. — Fachgewerbliche Rundschau. — Wirtschaftliche Rundschau.

Eine Arbeitgeberpartei.

Neue Sturmzeichen.

Die Unternehmer gehen immer entschiedener daran, ihre Position den Gewerkschaften der Arbeiter gegenüber zu befestigen. Bei ihrem Bestreben, den Profit mit der steigenden Produktion so zu erhöhen, daß für die Arbeiter auch nicht der geringste Gewinn aus der Steigerung der Produktion herauspringt, sind ihnen die Gewerkschaften im Wege. Solange die Gewerkschaften sich ungebändert entfalten und betätigen können, solange muß der Wunsch der Unternehmer, die Arbeiter auf der niedrigsten Stufe der Kultur zu halten, zu einem guten Teil unerfüllbar bleiben. Es galt deshalb, zu den Gewerkschaften der Arbeiter ein wirksames Gegengewicht zu schaffen. Man setzte ihnen zunächst Unternehmerorganisationen entgegen. Deren Unterhaltung ist aber, wenn sie ihren Zweck der Bekämpfung von Arbeiterforderungen vollkommen erfüllen sollen, so kostspielig, daß man es den Unternehmern nicht verdenken kann, wenn sie sich billigere Mittel verschaffen, um die organisierten Arbeiter mit ihren Ansprüchen, die sie für Verringerung der Arbeitsbedingungen immer wieder von neuem geltend machen, zurückzudrängen.

Ein solches billigeres Mittel bilden die sogenannten Gelben Gewerkschaften mit ihrer vorläufig noch zur Geltung kommenden Tendenz, sich den Forderungen der wirklichen Gewerkschaften gegenüber ablehnend zu verhalten oder sie gar zu bekämpfen.

Schon die Tatsache, daß eine größere Anzahl Berufskollegen einer Korporation angehören, von der die Gewerkschaft befürchtet, sie würde sich bei Geltendmachung von Forderungen neutral verhalten, muß auf die Latakraft der Gewerkschaft lähmend einwirken. Noch viel mehr aber die Befürchtung, daß diese Berufskollegen aus ihrer Neutralität heraustreten und, wo sie vielleicht zufällig jeweilig arbeitslos wären, als direkte Streikbrecher auftreten könnten. Den gelben Gewerkschaften diese Wirkung abzusprechen zu wollen, wäre nichts anderes als das törichte Bestreben, eine einem unbequemen Tatsache einfach bestreiten zu wollen, lediglich weil man nicht mächtig ist, sie aus der Welt zu schaffen. Sie bliebe aber trotz allen Leugnens bestehen und würde nicht aufhören uns zu schaden. Deshalb erkennen wir das Vorhandensein der uns unangenehmen Tatsache an und versuchen lieber, sie selbst aus der Welt zu schaffen. Wir versuchen, den in sogenannten gelben Gewerkschaften zum Teil gegen, zum Teil aber auch mit ihrem Willen gegen uns vereinigten Berufskollegen legereiflich zu machen, wie sie sich selbst schädigen, indem sie sich zu Freilichkeiten gegen unsere Forderungen gebrauchen lassen, die, wenn sie erfüllt würden, ja auch ihnen zugute kämen; denn der einem gelben Irreführten oder Fanatisierten gewährte Arbeitslohn kann sich auf die Dauer nicht unter dem Niveau des klaffen-behüteten Arbeiters halten; sobald er unter dieses Niveau hinabsinkt, würden die Gelben rebellisch werden und zum Entsetzen ihrer „Gönner“ gleichen Lohn für gleiche Leistung fordern. Die ganze gelbe Herrlichkeit würde also in die Brüche gehen, was die Unternehmer in diesem Stadium der Entwicklung der Gelben auch nicht mehr bebauern würden. Dennoch wären sie aber durch das Eingehen der gelben Vereinigung gegen früher im Nachteil; sie würden jedoch das kleinere Uebel dem größeren vorziehen.

Schon scheinen die Unternehmer und deren Sachwalter zu fürchten, daß die gelben Streikbrechervereine keine große Zukunft mehr haben, denn anstatt den Ausbau derselben mehr zu betreiben und so deren Position den wirklichen Gewerkschaften gegenüber zu befestigen zu suchen, suchen sie nur wieder mehr ihre eigenen Klammern zu sammeln. Da ihnen auf wirtschaftlichem Gebiete aber nicht mehr viel zu tun übrig bleibt, versuchen sie es nun auf dem politischen; wenigstens darf erwartet werden, daß ein Plan eines ihrer Sachwalter, des Saarbrücker Handelskammersekretärs Dr. Alexander Tille, eine politische Arbeitgeberpartei zu gründen, bei ihnen Anklang und Verwirklichung finden wird, wenn es damit auch vielleicht nicht so schnell gehen dürfte, wie Herr Tille es wünscht.

Das Unternehmertum will auf der ganzen Linie unumschränkt herrschen; es erkennt höchstens theoretisch an, daß die Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen auch mitzusprechen berechtigt seien, in der Praxis bekämpft es, wo dies angeht, jede „Eingemischung“ des Arbeiters bei Aufstellung der Arbeitsbedingungen. Und da dies nur noch möglich ist, indem es die Gewerkschaften vernichtet, so soll es eben durch Vernichtung derselben geschehen. Dazu ist es aber notwendig, die Linke der Gesetzgebung in die Hand zu bekommen, und um dies ermöglichen zu können, soll eine industrielle Arbeitgeberpartei gegründet werden — nach dem Muster des Bundes der Landwirte,

und diese große Agrarorganisation würde mit der neuen Industrieorganisation bei gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Arbeiter und deren Organisationen Hand in Hand gehen. Dann wäre eine reaktionäre gesetzgeberische Interessentengruppe da, die sich vieles erlauben und manches durchsetzen könnte, was ihr in den Kram paßt.

Wie Dr. Tille sein Ziel zu erreichen gedenkt, geht aus folgendem Satze seiner darauf bezüglichen Schrift*) hervor:

„Die Industrie braucht nur die Summen, die sie bisher für andere Parteien weg geworfen hat, welche sie hinterher regelmäßig verleugnet und geschädigt haben, der Arbeitgeberpartei zuzuwenden, und dieselbe ist mit Mitteln mehr denn reich versehen. Sie wird ihr erstes Augenmerk nicht auf diejenigen Wahlkreise zu richten haben, welche überstarke Handarbeitermehrsheiten besitzen, sondern auf diejenigen, in denen die Anzahl der gewerblichen Betriebe eine möglichst große ist.“

Es ist in der Hauptsache also auf die Eroberung von Mandaten abgesehen. Und solche Kreise, wo die neue Partei Mandate erringen könnte, liegen sich schon ausfindig machen; man brauchte ja nur Kreise auszusuchen, wo das Kleinunternehmertum — das übrigens nicht besser auf die Gewerkschaften zu sprechen ist als das Großunternehmertum — von den Kapitalgewaltigen abhängig ist, wo dies selbst auch von Arbeitern gesagt werden kann, die durch ein Antreten an den Ort und dadurch an gewisse Fabriken des Ortes gebunden sind. Denkt man sich dazu noch die Stimmhülle der gelben Hausbesitzer, so erscheint die Erjagung von Mandaten durch die Arbeitgeberpartei nicht ausgeschlossen. Ob es dann möglich wäre, die Gewerkschaften zu vernichten — sei es durch gesetzgeberische oder andere Mittel — müßte freilich erst abgewartet werden; sicher könnte die neue Partei aber den Gewerkschaften ihre Stellung erheblich erschweren. Deshalb ist der Plan Tilles nicht mit Scharfschätzung abzutun. Das geht um so weniger an, als Dr. Tille nicht allein gegen die Gewerkschaften und ihre wirtschaftlichen Forderungen, die dem Kapital unbedacht geworden sind, zu Felde zieht, sondern auch gegen den geringen Rest des sozialpolitischen Zuges, den die jetzt noch herrschenden bürgerlichen politischen Parteien sich zum Aerger Tilles noch behaupt haben. Die nationalliberale Partei, in der wir befanntlich eine große Anzahl von Leuten sehen, die für uns nur als politische Reaktionäre, wirtschaftliche Scharfmacher und soziale Bremser in Betracht kommen, ist Herr Tille zu — sozialdemokratisch geworden. Der Nationalliberalismus habe zugestimmt, daß ein Ausnahmerecht für den industriellen Handarbeiter geschaffen wurde, nach dem dieser z. B. den Kontraktbruch des Unternehmers mit dem zwölfstägigen Tagelohn vergütet bekomme, der Unternehmer den Kontraktbruch des Arbeiters aber nur mit dem sechstägigen Tagelohn, und dies auch noch nur dann, wenn er es sich in der Arbeitsordnung ausdrücklich ausbedinge. . . Die Gesamtheit seiner Sünden zeige deutlich, daß der Nationalliberalismus seine liberale Grundlage längst eingebüßt.

Nur neben dem Nationalen der Liberalismus sein wesentlichster Wesenszug, so sei es jetzt der Equalismus, der Sozialismus, geworden und werde voraussichtlich eines Tages noch ein Nationalkommunismus werden. Einerseits die Massen zu umbuhlen und ihnen Sonderprivilegien zu verschaffen, und andererseits ihnen möglichst jede Vertragspflicht zu den Staatskosten abzunehmen, das sei seine Politik geworden. — Durch solche Lamentationen sucht Herr Tille die Arbeitgeber von der nationalliberalen Partei abwendig und zum Beitritt zu einer neuen Arbeitgeberpartei geneigt zu machen. Für die Großindustriellen fährt er dann noch besonders schweres Geschütz gegen die Nationalliberalen auf, indem er diesen vorwirft, daß sie trotz des gleichen Wahlrechts noch nicht den Mut gefunden hätten, auch folgerichtig die gleiche Steuerpflicht im Reiche durch das Mittel der indirekten Steuern zu fordern. Natürlich geht Herr Tille auch gegen das gleiche Wahlrecht vor, dessen Beseitigung die neue Arbeitgeberpartei also auch in ihr Programm aufnehmen würde. Wie uns Dr. Tille verrät, würde einer ihrer obersten Programmpunkte auch die Forderung der Haftbarmachung der Handarbeiter und ihrer Vereinigungen für Schäden, welchen sie den Unternehmern zufügen, sein müssen. Sie scheint aber auch das Streikrecht einzuschränken zu wollen, denn Herr Tille bezeichnet es als eine gerechte Forderung des deutschen Unternehmertums, daß der Streik in Anstalten, welche dem öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienen, unter Strafe gestellt werden soll.

Noch nicht nur als Politiker, sondern auch als Volkswirtschaftler erhebt Dr. Tille seine Forderung auf Gründung einer Arbeitgeberpartei. Der große Aufschwung der Jahre 1905, 1906 und 1907 sei nicht durch eine Ueberspannung der Warenerzeugung oder der Spekulation, sondern einzig und allein durch den teuren Geldstand zum Stillstand gebracht worden. — Und damit das Geld billiger werde, empfiehlt Dr. Tille den — Arbeitern, zu sparen. Je mehr sie sparen, um so mehr müsse der Zinsfuß sinken und um so weniger Zins brauche der Unternehmer für geliehenes Betriebskapital zu zahlen. Daburh würden auch dem Nichts-als-Kapitalisten die Einnahmen aufs empfindlichste beschnitten und so eine Forderung der Proletarier erfüllt. Natürlich glaubt Herr Tille nicht, daß die Arbeiter so dumm sein würden, seinen Rat, zu sparen, zu befolgen, deshalb sei ein vollständiger Wandel „unserer Steuerpolitik“ erforderlich, den die neue Arbeitgeberpartei wohl herbeiführen soll. Zunächst soll diese, wenn wir Herrn Dr. Tille recht verstehen, dafür sorgen, daß die Löhne möglichst niedrig gehalten werden, damit das Unternehmertum höhere Einnahmen behält, die es zur Entwicklung der Industrie brauche. Dann soll noch eine unternehmerfreundliche Steuerpolitik durch Verringerung der Ausgaben der Unternehmer an Steuern diesen zu Hilfe genommen werden. So gewännen die Unternehmer nach Ansicht des Herrn Dr. Tille die ihnen so dringend notwendige wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und könnten dann nach Herzenslust ihre Betriebe erweitern und die ganze Industrie mehr als bisher

*) Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der deutschen Industrie. (Kommissionsverlag der Buchhandlung E. Schmittke, Saarbrücken.)

entwickeln. Daß durch eine solche „Wirtschaftspolitik“, bei der die Ausgaben der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiter, für Verbrauchsgegenstände aller Art eine Einschränkung erfahren würden, daß der Verbrauch eine bedeutende Verringerung erleiden müßte und daß dann den Unternehmern das billiger gewordene Geld noch viel weniger nützen würde als heute das teure, das ist zwar so augenfällig, daß kein Unternehmer, der das WC der Volkswirtschaft begriffen hat, anders glauben wird, doch dürften Herr Tille gar viele wegen der anderen rosigten Aussichten, die er ihnen bietet, folgen.

Jedenfalls haben wir Arbeiter alle Veranlassung, das weitere Schicksal des Planes Dr. Tilles aufmerksam zu verfolgen, um so mehr, da dieser mit seinem Plane nicht allein steht, denn ähnlichen Gedanken wie denen Herrn Tilles, konnte man in letzter Zeit in vielen Scharfmacherblättern begegnen, wie z. B. in der „Post“, der „Arbeiterzeitung“ und anderen mehr. Es herrscht jetzt in Unternehmerkreisen ein Geist, der, wenn er zur Herrschaft gelangt, dem Proletariat auf wirtschaftlichem wie auf politischem Kampfgebiet Stürme bringen wird, denen es nur wird standhalten können, wenn es seine Reihen noch dichter und fester schließt als bisher. Der Plan Dr. Tilles ist eine erneute Mahnung an das Proletariat, seine Organisationen so auszubauen, seine eigene Stofkraft so zu erhöhen, daß es allen kapitalistischen Mächten gegenüber sieghaft standhalten kann.

Unternehmerterrorismus und Vertragsbruch.

In unserer Nr. 31 druckten wir eine Zuschrift des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie ab, in der kurz und bündig erklärt wird, daß die an der Aussperrung und am Streik der Arbeiter im Erzgebirge beteiligten Fabrikanten nicht daran dächten, die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in irgend einer Weise zu beeinträchtigen. Auch bei der Aufstellung der Bedingungen, welche den Frieden wiederherstellen sollten und auch herstellten, wurde seitens der Unternehmer zugestanden, daß der Austritt aus der Gewerkschaft nicht gefordert werde. (Siehe Nr. 32: „Das Ende des Wirtkämpfes im Erzgebirge.“)

Die Unternehmer scheinen ihr Wort nicht halten zu wollen. Aus Thälheim i. Erzgeb. ist uns wenigstens gemeldet worden, daß eine Anzahl unserer Mitglieder mittels fotografierter Schreibens ihren Austritt aus unserem Verbands erklärt haben. Die ihren Austritt gemeldet habenden Arbeiter haben natürlich diese Austrittsmeldungen nicht selber hergestellt; sie sind ihnen von Unternehmerseite geliefert, ja aufgedrungen worden. Aus Angst, die Arbeit wieder zu verlieren und nach mehr denn 30möglichem erzwungenem Feiern von neuer aus Pfaster gesetzt zu werden oder in der Befürchtung, im Weigerungsfall überhaupt vorläufig nicht wieder eingestellt zu werden, haben sie den ihnen fix und fertig vorgelegten fix erniedrigenden Verzicht auf eines ihrer wichtigsten staatsbürgerlichen Rechte krampfend dem Herzen untergeschrieben. Und was hier geschehen ist, soll in allen anderen in Frage kommenden Betrieben vollzogen werden.

Als Grund für ihre sie ebenso wie die wirtschaftlich bergewaltigten Arbeiter erniedrigende Handlungsweise geben die Unternehmer an, daß wir nach Beendigung des Kampfes in unserem Blatt die Arbeiter aufgefordert haben, sich zu rüsten, damit sie sich später keine Lohnreduktionen gefallen zu lassen brauchen. Als ob dies nicht ganz selbstverständlich wäre! Angesichts des Umstandes, daß die Unternehmer ja die Nichtvornahme von Lohnreduktionen nur auf ein Vierteljahr zusagten, war es für uns ein Pflichtgebot, die Kollegen auf die Möglichkeit hinzuweisen, daß sie nach Ablauf der bezeichneten Frist von neuem in Abwehrkämpfe gedrängt werden könnten und deshalb alle Veranlassung hätten, sich für diesen Fall zu rüsten. Wie dringend notwendig das ist, zeigt ja nun der neueste, von grobem Vertrauensbruch begleitete Willkürakt der Unternehmer. Er zeigt aber auch zugleich, daß auch die des öfteren von Unternehmerseite abgegebene Versicherung, man wolle keine eigentlichen Lohnreduktionen, sondern nur eine Lohnregulierung, den Tatsachen nicht entspreche, und daß die Unternehmer recht hatten, welche selbstzufrieden erklärten, daß es bei der durchgeführten Lohnregulierung nicht sein Bewenden haben würde und mit ihr nur die eigentlich beabsichtigten Lohnreduktionen eingeleitet werden sollten. Damit sie möglichst leicht und ohne erster Widerstand der Arbeiter durchgeführt werden könnten, verlangt man nun von diesen den Austritt aus der Organisation, denn sich mit dieser abermals in einen viele Monate langen Kampf einzulassen, scheint man nach den soeben gemachten Erfahrungen keine Neigung zu verspüren, was wir sehr begreiftlich finden. Ob die Unternehmer aber das rechte Mittel gewählt haben, den Kampf mit uns zu vermeiden, wagen wir zu bezweifeln. Suchen sie doch sogar die Arbeiter, wie jetzt in Thälheim, zu veranlassen, Sonntags in Sälen zu tanzen, die ihnen zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen und drohen ihnen im Weigerungsfall Entlassung aus der Arbeit an. Bei dieser Sachlage kann eine Notiz im „Stolberger Tageblatt“, in der von Erbitterung der Arbeiter gegen ihre Führer gesprochen wird, nur erweiternd wirken. Freilich ist diese unwahre Notiz nur zu dem Zweck in die Presse gebracht, Mitglieder für den sogenannten „Wätersländischen Arbeiterverein“ zu fäddern, der „bereits“ 40 Mitglieder haben soll. Wie viele davon Arbeiter sind, wird nicht gesagt. Bis jetzt ist nur eine Abmeldung vom Deutschen Textilarbeiterverband in Gornsdorf erfolgt, und zwar die des Arbeiters Kunis, der im ganzen 29 Wochenbeiträge an den Verband entrichtet und dafür über 200 Mk. Streikunterstützung gezogen hat. Daß unter den Textilarbeitern Gornsdorfs Erbitterung nicht gegen ihre Führer herrscht, berichtigt sich schon aus dem Grunde, weil diese nur als Beauftragte handeln. Die Erbitterung richtet sich gegen ganz andere Leute.

Im übrigen ist zu melden, daß die von dem Unternehmertum gegen die Textilarbeiterschaft ausgeübten Willkürakte sich im allgemeinen zu mehrern beginnen. In Unterhaußen und Sonau hat

eine Anzahl Spinnerarbeiten ihre Stellungen gekündigt. Vom Verband süddeutscher Textilarbeitgeber sind sie deswegen auf eine Liste gesetzt worden, die an die in Frage kommenden Unternehmer versandt worden ist. Zu welchem Zweck, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Die Namen der Vertreter der Organisation und vermeintlichen Anführer der Bewegung, die zur Kündigung führte, sind unterzogen, was ihren Trägern wohl eine besonders „liebvolle“ Aufnahme in anderen Betrieben sichern soll.

Wahrscheinlich, die Textilarbeiterschaft sieht sich, gleich der übrigen Arbeiterschaft (wir erinnern nur an die brutalen Aussperrungen anlässlich des Mieterstreiks im Stettiner „Wulkan“) so harten Tatsachen gegenüber, daß ihre bisher bewahrte Besonnenheit an ihnen zerschellen und die mühsam behauptete Kaltblütigkeit in flammende Empörung sich verwandeln kann. Will man diese auf Unternehmensebene denn durchaus entzagen? Nun, wir werden die Folgen eines solchen frevelhaften Spiels nicht zu beklagen haben, wohl aber die Frevler, die, weil sie Wind säeten, Sturm ernten werden. . . .

Das scheint auch die „Arbeitszeitung“ zu befürchten, die in ihrer Nummer vom 2. August ihre Leser warnend und mahnend darauf hinweist, daß wir unsere Kollegen anfeuern, die Kräfte zu sammeln, damit sie bei wiedereröffnender Hochkonjunktur für die Fahrt zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen gerüstet seien. Die „Arbeitszeitung“ scheint uns das fast als Frevel anzurechnen. Sie kann sich aus vorstehendem darüber unterrichten, daß wir nur zu berechtigt sind, uns für die fernere Zukunft zu rufen, weil wir dann mit mancher Freveltat von Unternehmern abrechnen müssen, wenn dies nicht schon in aller nächster Zeit geschehen kann.

Hat sich die Lebenshaltung der Arbeiter gebessert?

Wenn man den Unternehmern und ihren Sachwaltern glauben möchte, bliebe nichts anderes übrig, als die Frage unumwunden zu bejahen. Nach der Schrift „Die Arbeitgeberpartei und die politische Vertretung der deutschen Industrie“, von Dr. Alexander Tille, ist seit 1880 im Deutschen Reich alles geschehen, um den Mehrertrag der nationalen Arbeit, den das Reich der Tüchtigkeit des deutschen Unternehmertums und seiner unermeßlichen technischen Fortarbeit verdankte, in die Taschen der Handarbeiter herüberzuleiten. . . . Durch eine unaufhörliche Pressehege und behördlichen Druck verschiedenster Art ist das Unternehmertum veranlaßt worden, den Mehrgewinn aus billigeren Erzeugungsweisen in Gestalt von erhöhten Löhnen an die Handarbeiterschaft abzugeben. So sei es bis in die letzten Jahre fortgegangen.

Wir wollen nun keineswegs behaupten, daß in den letzten Jahrzehnten der Arbeitslohn keine Steigerung erfahren habe; auch noch in den allerletzten Jahren ist er gestiegen. Wenn man Herrn Dr. Tille glauben wollte, müßte sich aber die Lebenslage der Arbeiter bedeutend gehoben haben, was jedoch nur in seltenen Fällen zu verzeichnen sein dürfte, denn meist sind Lohnerhöhungen erst infolge der Verteuerung der Lebenshaltung, die durch eine verfehlte Zollpolitik eintrat, gefordert und durchgeführt worden. Erst die Verteuerung der Lebenshaltung zwang die Arbeiterklasse, höhere Löhne zu fordern, und es wäre für sie zum Verzweifeln, wenn es ihr nicht gelungen wäre, sich der verelendenden Tendenz des Kapitalismus zu erwehren, trotzdem sie in den Gewerkschaften und in den Parteioptionen, im wirtschaftlichen und politischen Kampfe die schwersten Opfer brachte.

Es kann aber auch keinem Zweifel unterliegen, daß die Steigerung des Nominallohnes ausgeglichen worden ist durch die enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel in den letzten Jahren wie auch durch die Steigerung der Wohnungsmieten.

Nach den Angaben einer Anzahl von Berufsgenossenschaften der wichtigsten Industriezweige, die sich auf 4 105 103 gewerbliche Arbeiter erstrecken, betrug 1906 der Durchschnittslohn dieser Arbeiter 1021,65 Mk. jährlich. Da nach den Lohnnachweisungen derselben Berufsgenossenschaften 1905 der Durchschnittslohn 983,29 Mk. und 1904 936,37 Mk. betragen hatte, war 1906 eine Steigerung um 58,36 Mk. oder rund 6 Proz., und in beiden Jahren zusammen (1904 bis 1906) um 85,34 Mk. oder rund 9 Proz. zu verzeichnen. In den einzelnen Industriezweigen wurden etwas niedrigere Löhne gezahlt als oben angegeben. Die Einkommenserhöhungen sind also ziemlich minimal, vor allem ist aber das Durchschnittseinkommen so gering, so daß es als einigermaßen ausreichend absolut nicht bezeichnet werden kann.

Vor allem zeigen die Nachweisungen des Textilgewerbes und der Industrie der Steine und Erden so erschreckend niedrige Zahlen (788,68 Mk. Jahreseinkommen), daß man schon ein virtuoser Sungenkünstler sein muß, um mit solchen Löhnen sich durchs Leben schlagen zu können.

Die sprichwörtliche Bedürfnislosigkeit der schlesischen Weber gilt eben nicht nur für Schlesien, sie ist unter der ganzen Textilarbeiterschaft und auch in anderen Berufen zu Hause. Aber auch in der Industrie, die bei jeder Gelegenheit mit ihren glänzenden Löhnen prunkt, dem Bergbau, sind die Verhältnisse keineswegs so rosig, wie sie von den Rechenmaginaten so gern geschildert werden. Wenn also von einer Seite auf die Erhöhung der Arbeitslöhne hingewiesen wird, so ist es am Plage, auch die Rehrseite der Medaille sich anzusehen.

Waren die Arbeiter in der Lage, mit ihren höheren Löhnen auch eine entsprechende bessere Lebenshaltung zu führen? Die Frage ist rund und nett mit nein zu beantworten! Gerade in den letzten Jahren sind alle Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel so bedeutend im Preise gestiegen, daß die Lohnerhöhungen der Arbeiter fast vollständig aufgezehrt worden sind. Nach einer amtlichen Berechnung wiesen die Preise für sämtliche Waren, die für den Konsum besonders in Betracht kommen: Getreide, sonstige in- und ausländische landwirtschaftliche sowie tierische Produkte, Textilprodukte und Mineralien, von Juni 1902 bis Juli 1907 eine Steigerung um 28,3 Proz. auf. So hat alles zusammengewirkt, um die Kosten der Lebenshaltung in die Höhe zu treiben und den Vorteil der während der Konjunktur gestiegenen Löhne und der besseren Beschäftigungsgelegenheit wieder aufzuheben.

Waren also die Arbeiter nicht in der Lage, mit den erhöhten Löhnen eine bessere Lebenshaltung zu führen, so kann ihnen auch der Mehrgewinn aus der Arbeit, den wir an sich keineswegs bestreiten wollen, nicht in die Taschen geflossen sein oder er ist ihnen erst zugeflossen, nachdem man ihnen vorher in irgend einer Form ebensoviele aus den Taschen herausgezogen hatte.

Im übrigen muß aber entschieden bestritten werden, daß der Mehrgewinn, den die Industrie in den leibverflochtenen Zeitaltern gemacht hat, in die Taschen der Arbeiter abgeflossen sei, ohne daß die Unternehmer nicht ihren verhältnismäßigen Teil davon abgenommen hätten. Die Rechnungsabläufe der industriellen Aktiengesellschaften mit den Lohnnachweisungen der Berufsgenossenschaften in Verbindung gebracht, sprechen sogar dafür, daß die Unternehmer in un-verhältnismäßigem Maße an dem Mehrgewinn teilgenommen haben und daß der Löwenanteil von ihm in ihre Taschen gewandert ist.

Freilich ist es dem Unternehmertum — dank der Gewerkschaften — nicht gelungen, den ganzen aus der Entwicklung der Industrie und der damit verbundenen Steigerung der Produktion erzielten Mehrgewinn an sich zu reißen. Und das ist es im Grunde genommen, was dem eifrigen Anwalt für die Wahrnehmung der Unternehmerinteressen Dr. Tille so in Erregung bringt. Deshalb findet er auf Mittel, diesem „Mebelstand“ in der Zukunft wirksam begegnen zu können. (Welche Mittel er dazu für geeignet hält, zeigen wir in dem Artikel „Eine Arbeitgeberpartei.“) Er will einfach die Arbeiter von der Teilnahme an allen ferner noch zu erwartenden Kulturerwerbungen, die sich aus der weiteren Entwicklung der Industrie noch ergeben würden, streng ausschließen; sie sollen, scheinbar folgerichtig, in Wirklichkeit aber sehr zu Unrecht, nur dem deutschen Unternehmertum, dem das Reich jeden wirtschaftlichen Fortschritt verdanken soll, zugute kommen. Als ob nicht auch der Fleiß, die Tüchtigkeit, die Intelligenz des deutschen Arbeiters den Aufschwung der Industrie mit ermöglicht hätten. Ja, wir sagen sogar, ohne ernst zu nehmenden Widerspruch zu befürchten — etwaige Entgegnungen eines Solidschreibers der Unternehmer würden nicht ernst nehmen — daß die deutsche Industrie ihre hervorragende Stellung ohne die Schaffensfreudigkeit und -fähigkeit des deutschen Arbeiters nicht einnehmen würde; denn nicht allein auf die Leistung, sondern auch auf die Ausnutzung des Produktionsprozesses kam es dabei an; auch an die Entwicklungs- und Anpassungsfähigkeit des Arbeiters sind in den letzten Zeiten hohe Anforderungen gestellt worden, deren prompte Erfüllung bei gerechter Bewertung eine ganz andere Belohnung hätte zu teil werden müssen, als sie in den bescheidenen, durch die Steigerung der notwendigen Ausgaben wieder weitgemachten Lohnerhöhungen, die die Arbeiter sich in der Regel auch erst schwer erkämpfen mußten, zum Ausdruck kam.

Nun, da den Arbeitern wieder von neuem gezeigt worden ist, daß man sie, trotz ihrer unersättlichen Verdienste um die Hebung der Industrie, zu bloßem Arbeitsvieh und Dufatenmännen für das geldhungrige Unternehmertum herabdrücken will, werden sie sich erst recht ihre Kampfbarkeit zu erhalten suchen. Die Arbeiterklasse wird ihre Gewerkschaften so zu stärken suchen, sich aber auch bemühen, ihre politische Position so zu befestigen, daß man sie nicht leichtsinnig um die Früchte ihrer Arbeit bringen kann und die Räume des Illismus nicht in den Himmel wachsen können.

Die ökonomischen Wirkungen der Kartelle und Syndikate.

Die Absicht bei der Gründung eines Industriefartells ist die Erhöhung des Profits durch Ausschluß der Konkurrenz. Die Kartelle werden das Aufkommen von Konkurrenten zu verhindern suchen, indem die Banken, die am Kartell interessiert sind, sich an etwaigen Neuunternehmungen nicht engagieren. Die erste Wirkung des Kartells ist natürlich die Preiserhöhung der Produkte, was für das Kartell eine Erhöhung des Profits bedeutet, denn der Preis einer Ware ist gleich dem Kostpreis und der Durchschnittsprofitrate. Die übrigen in Frage kommenden Produktionszweige haben durch Gründung eines Kartells bedeutenden Schaden, weil die Preiserhöhung des Kartells ein Sinken der Profitrate bewirkt. Der Ertragsprofit, den das Kartell einbringt, geht nämlich dem Gesamtprofit der Kapitalistenklasse verloren. Beispielsweise hat das Sinken des Profits in der Eisenindustrie, die Verteuerung der Kohlenpreise durch das Kohlenkartell zur Ursache. Selbstverständlich hat daraufhin auch die Eisenindustrie ihre Preise in die Höhe geschraubt. Bis zu einem gewissen Grade ist ja auch eine

Abwanderung von Kapital in verwandte Betriebszweige möglich. Das Maschinenkartell würde eventuell eine Kombination mit Hoheisenfabriken anbahnen können. Durch einen solchen gemeinsamen Betrieb wird dann die Unternehmerrgruppe noch viel mächtiger und nur ganz riesige Privatfirmen sind in der Lage, der Kartellierung zu widerstehen. Die Firma Krupp hat bei Bildung des Kohlenkartells nicht nur Kohlenlager, sondern auch Erzguben in Deutschland, Spanien, Schweden und Norwegen gekauft. Auf sie hat also die Preiserhöhung des Kohlenkartells keinerlei Einwirkung. Krupp ist unabhängig von den Kartellen.

Das Kartell ermöglicht auch eine größere Ausnutzung der Betriebe. Früher strömten in den Walzwerken die Gochhofen ohne weiteres ab. Heute werden diese Gase mit zum Antrieb der Maschinen des Werkes benutzt. Die Kombination, die die Verbindung gemischter Betriebe bezeichnet wird, vermag eine sehr vorzeitliche Wirkung auszuüben. Die kombinierten und vertikal gegliederten Betriebe haben mehr Erfolg als die reinen Betriebsvereinigungen. Die meisten deutschen Waren werden in gemischten Betrieben hergestellt. In solchen Betriebszweigen, wo eine Kartellierung nicht gut möglich ist, wurde durch die Syndikate die Tendenz zur Kombination gegeben.

Die Firma Krupp hat z. B. an dem Fortbestehen des Kohlenkartells das größte Interesse; denn wenn sich das Syndikat auflösen sollte, wird die Kohle wieder billiger und die Konkurrenten Krupps würden in die Lage versetzt, sofort ihre Preise herabzusetzen. Ein anderes Beispiel für die Wichtigkeit der Kombinationen zeigt uns die Verbindung der Gruppe A des Stahlwerksverbandes, die Formeisen, Träger, Halbfabrikate usw. produziert, mit der Gruppe B, den Walzwerken. Die reinen Walzwerke haben viel Halbzeug nötig. Als gemischte Betriebe fertigen sie es selbst. Sie müssen dann wünschen, daß nur wenig Halbzeug auf den Markt kommt.

Es ist falsch, wenn der Volkswirtschaftler Schmoller behauptet, die Kartelle seien eine demokratische Organisation, im Gegensatz zur aristokratischen der Trusts. In beiden Fällen sitzen große Kapitalisten am Ruder. Hier wie dort sind die eigentlichen Leiter die Direktoren der Großbanken.

Die Kartellierung tritt meist in der Rohstoffproduktion auf — am ersten in den Bergwerken — und gab stets die Tendenz, daß sich auch die Fertigfabriken in Organisationen zusammenschlossen.

In den Monopolbereichen von Kohle und Eisen knüpfte sich die Herrschaft über die gesamte übrige Industrie. Die Maßnahmen der preussischen Regierung, daß jetzt keine Kohlenfelder mehr an Private abgegeben werden dürfen ist unwirksam und kommt zu spät, weil das Syndikat sowie Kohlenfelder besitzt, daß es für die nächsten 200 Jahre die Kohlenproduktion beherrschen kann.

Allerdings ist trotzdem auch für die Höhe des Kartellpreises eine Grenze gezogen. In erster Linie kommt dabei der Weltmarkt in Betracht. Die inländischen Preise können nicht viel über dem Weltmarktpreis stehen. Als äußerste Grenze ist der Weltmarktpreis mit Aufschlag des Zolles anzunehmen.

Als die Nachfrage auf dem Markte das Angebot überstieg, führte man Schutzzölle ein, um die ausländische Konkurrenz fernzuhalten. Durch die Kartellierung wird das Angebot beschränkt und die Nachfrage nicht überfliegen. Die Schutzzölle sind aber trotzdem weiter erhöht worden, dadurch stieg der Profit und aus den Schutzzölle sind so Vereinerungszölle geworden. Die Ausfuhr, diese Zölle wieder abzufassen, sind innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise sehr gering. Sie werden wohl erst mit dem Kapitalismus selbst verschwinden.

Der Monopolpreis wird durch folgende Faktoren bestimmt. Wenn die gesamte Industrie eines Produktes kartelliert ist, wird das gesamte Produkt von einem einzigen Unternehmen hergestellt, das den Preis so hoch als möglich schrauben kann. Auf der einen Seite stehen somit die Produzenten, auf der anderen Seite die Konsumenten. Der Preis der Ware wäre gleich den Kosten der Lebensbedürfnisse. Also: Produkt plus Arbeitslohn, plus konstantes Kapital, plus Mehrwert. Nach diesem seinen Wert richtet sich der Preis des Produktes.

Die Kartelle wirken auch auf alle übrigen kapitalistischen Angelegenheiten, vor allen Dingen auf den Handel. Das Kartell konzentriert den Absatz der Produkte, wodurch Zirkulationskosten erspart werden. Die Unkosten für Geschäftsfreisende und Reklame werden vermindert oder fallen fast ganz weg. Frachtersparnis und Verringerung der Lagerkosten sind zu verzeichnen. Eine weitere Ersparnis wird durch die Verkürzung der Zirkulationszeit erzielt. Ersparnis von Zirkulationskosten bedeutet aber neuen Profit. Die Handelshäuser werden nun gezwungen, sich ebenfalls zu kartellieren. Tun sie das nicht, so ermöglichen sie dem Kartell eine Monopolstellung. Das Kartell wirkt auch auf den Handel ein, weil es die Pflicht hat, darauf zu sehen, daß durch den Handel die Preise nicht noch mehr erhöht werden, denn sonst sinkt der Konsum. Der unabhängige Handel wird sich vor Erhöhung der Kartellpreise größere Lager zulegen. Dadurch wird das Kartell getäuscht, dacht seine Produktion weiter aus und erhöht die Preise. Der Handel sucht nun zunächst zu den erhöhten Preisen seine Lager zu räumen. Kann er das nicht, so wird er eben unter dem Kartellpreis loszuschlagen. Darum sucht das Kartell Einfluß auf den Handel zu gewinnen und ihn selbst in die Hand zu nehmen. Ein treffendes Beispiel hat uns in dieser Beziehung der amerikanische Petroleumtrust gegeben, der den Großhandel ausschloß und direkt an den kleinen Gemischtwarenvertrieb liefert, dem er

Zur Geschichte der Wandwebstühle.

Eine Studie von F. M. Feldhaus.

Allgemein nimmt man an, die Wandwebstühle seien eine Danziger Erfindung. Das ist jedoch nicht richtig. Wedmann in seinen „Beiträgen zur Geschichte der Erfindungen“ (Bd. I, 1786, S. 122 bis 133) handelt von den Wandmühlen und erzählt dort das Folgende: Zu denen Erfindungen, die mehr leisten als man wünscht, oder die zur Verfertigung so vieler Waren als der jetzige Verbrauch verlangt, eine große Menge der bisherigen Arbeiter entbehrlieh macht, also diese außer Verdienst setzen, und die eben deswegen, so wichtig sie auch ausgedacht sein mögen, für schädlich gehalten und eine Zeitlang von der Obrigkeit unterdrückt sind, gehört die Wandmühle, Schürmühle oder der Mühlenstuhl. In den Hauptteilen kommt dieses Werkzeug einem gemeinen Webstuhl sehr nahe, aber anstatt daß ein Arbeiter auf diesem nur ein Stück oder nur ein Band auf einmal weben kann, so kann er auf jenem, wenn alle nötigen Vorrichtungen gemacht sind, sechzehn und mehrere Stücke, sogar Stücke von verschiedenen Mustern auf einmal verfertigen. Ein solcher Stuhl ist entweder so beschaffen, daß der Arbeiter die Lade, wie am gemeinen Webstuhl, von sich und zu sich, aber auch zugleich die in derselben angebrachten Schützen bald rechts, bald links bewegt; oder er hat unten eine Welle mit einem Schwungrad und Getriebe, da dann nur ein der Weberei unerfahrener Anabe nötig ist, um die Treibstange bald von sich, bald zu sich zu stoßen, um dadurch den ganzen Stuhl mit allen seinen Schützen in Bewegung zu setzen. Stühle der ersten Art sind allerdings einfacher als die von letzterer Art, und wahrscheinlicher sind auch jene älter als letztere. Zu ersteren gehören die Stühle in Erfurt und der, welcher von daher nach Göttingen gekommen ist. Von der anderen Art sind jetzt in Berlin zwei, und man findet schon mehrere an vielen Orten. Sogar soll man die Kunst gefunden haben, die Stühle durch Wasser treiben zu lassen, und wie mir berichtet ist, findet man davon Beispiele in dem nahegelegenen Herold (*). Gleichwohl halten an den meisten Orten die

Webster ihre Stühle noch geheim, und soviel ich weiß, hat man noch keine vollständige Beschreibung und Abbildung. Die, welche man in Hallens Werkstatt der Kunst II, S. 223, findet, ist unzulänglich; besser ist diejenige, welche Herr Jacobsohn im Schauplatz der Zeugmanufakturen IV, S. 411, gegeben hat, der jedoch die Erlaubnis, den Stuhl abzuzeichnen, nicht hat erhalten können. In Frankreich scheint diese Erfindung noch wenig in Gebrauch zu sein; wenigstens ist ihrer in der „Encyclopédie“ nicht gedacht worden, wo doch der gewöhnliche Stuhl der Wandmacher und Vortextur auf zehn Kupfertafeln vollständig nach allen seinen Teilen vorgelegt ist.

Diese Erfindung hat man in Europa, wie die Buchdrucker in der Türkei, zu unterdrücken gesucht, aber bei der Gleichheit der Bewegungsgründe ist der Erfolg verschieden gewesen; die Europäer haben jetzt Wandmühlen, die Türken keine Druckereien, und zwar deswegen hauptsächlich, weil jene nicht überall so sehr Sklaven der Landesherren als die Türken sind. Aber ohne hier zu unterzügen, ob Erfindungen so vorteilhaft und dadurch schädlich sein können, wie doch sogar auch Montesquieu behauptet hat, und ob die gänzliche Unterdrückung, wenn man sie versuchen wollte, in Europa möglich sein könnte, will ich nur die Geschichte der Wandmühle, soweit ich sie bis jetzt habe auffinden können, erzählen.

Herr Jacobsohn sagt: man glaube, die Schweizer hätten solche schon vor mehr als 100 Jahren erfunden, aber für diese Vermutung kenne ich keine Gründe, vielmehr ist es mir wahrscheinlich, daß diese Erfindung entweder in den Niederlanden oder in Deutschland gegen Ende des 16. oder im Anfang des 17. Jahrhunderts gemacht sei. Die älteste Nachricht, die ich jetzt kenne, scheint für Deutschland und für das 16. Jahrhundert zu beweisen. Sie steht in „L'Hoggi

Stühle von vorzüglicher Einrichtung, deren jeder 24 Gänge hatte, so daß auf einmal 60 Dugend Bänder verfertigt wurden. S. Voyage d'un François par Italie I p. 387 und daraus in Volkmanns Nachrichten von Italien I S. 285. In Schreybers erster Sammlung I S. 205 ist gesagt, daß die Herren Fischer in Zürich eine große Wandmühle hätten, welche von Wasser getrieben würde. Eben dieses ist auch in Vergius Neuen Cameral-Magazin I S. 191 wiederholt worden; aber ein Reisender, der das Werk gesehen hatte, versicherte mir, es sei eine Seidenmühle oder ein Seidenaspel, und dies wird auch durch die kurze Nachricht wahrscheinlich, die man davon in Dr. Andrea aus der Schweiz S. 49, 50 liest.

overo gl'ingegni non inferiori a pafati; dell' abbate D. Secondo Lancellotti da Perugia“. Parte seconda. In Venetia 1636, S. 457. Lancellotti sagt: „Anton Moller aus Danzig habe erzählt, er habe ungefähr vor 50 Jahren in Danzig eine sehr künstliche Maschine gesehen, die auf einmal 4 bis 6 Gewebe verfertige, weil aber der Rat befürchtete, diese Erfindung möchte eine Menge Arbeiter zu Bettlern machen, so habe er solche unterdrückt und den Erfinder heimlich erstickt oder eräufen lassen.“

Dieser Anton Moller, den Wedmann noch nicht näher kennt, war wohl ein Maler, der richtig Anton Moller heißt, und den Lancellotti wohl auf einer Italienreise kennen lernte. Da indes der Name Moller ein sehr verbreiteter ist, so kann ohne andere starke Beweise aus diesen beiden Gründen mit Bestimmtheit nicht auf die Gleichheit dieses M. M. mit dem „Maler Moller“ geschlossen werden.

Konrad Matschoß sagt in seiner „Geschichte der Dampfmaschine“ (Berlin 1901, S. 12): „Moller, der Erfinder eines Wandwebstuhles, mit dem er 16 und mehr Stücke gleichzeitig herstellen konnte, wurde am Anfang des 17. Jahrhunderts in Danzig von einer wütenden Volksmenge auf das entsetzlichste gemißhandelt und schließlich getötet. Seine Wandmühle wurde als Teufelswerk verbrannt, ihre Benutzung im heiligen römischen Reich verboten.“ Wir sehen hier also bereits eine Verwechslung des Webstuhlfabrikanten und des Erfinders. Darmstaedter und H. Du Bois-Reymond fagen in ihrem „4000 Jahre Pionierarbeit in den exakten Wissenschaften“ (Berlin 1904), daß Moller um 1600 den Wandwebstuhl erfunden habe. Natürlich ist es ganz ungerechtfertigt, den Moller, von dem Wedmann spricht, zum Erfinder zu machen.

Nach anderen Quellen, die Wedmann aufführt und die Koppe 1881 in seiner „Alphabetisch-chronologischen Uebersicht der Erfindungen und Entdeckungen“ wieder aufrichtet, soll der Wandstuhl im Jahre 1610 zu Leiden erfunden worden sein. Wedmann fügt zu, auf ein im Jahre 1621 zu Leiden erlassenes Verbot gegen die Wandwebstühle. Es wäre zu unterzügen, ob dies nicht doch die älteste Stelle über den Wandwebstuhl ist.

Wäre gegen den Wandwebstuhl in Danzig ein Reichsverbot erlassen worden, so müßte sich dieses unter den Reichsabschieden finden. Doch selbst der dankenswerten Nachforschung des Geheimen Justizrats und Professors für Deutsche Rechts- und Rechtsgeschichte an der Universität Berlin, Herrn Heinrich Brunner, war es nicht möglich, irgend etwas von einem derartigen Verbot aufzufinden.

*) Stühle der ersten Art sind selten 16gängig, noch seltener 18gängig, weil sie durch ihre große Breite zu un bequem werden. In einer Wandfabrik in Mailand waren vor einigen Jahren dreißig,

natürlich vorzuziehen, wie hoch das Petroleum zu verkaufen ist. Fügt dieser sich an einem Orte nicht, so erachtet der Trust dort solange eine Verkaufsstelle, bis alle Händler des Ortes zu dem festgesetzten Preise verkaufen. In ähnlicher Weise hat sich auch das deutsche Kohlenyndikat organisiert, das ebenfalls den Handel von sich abhängig machte und die großen Kohlenhändler zu seinen Agenten stampelte. Diese bekommen die Kohle zu einem festen Preise geliefert und müssen sie wieder zu einem bestimmten Preise an die Kleinhändler weitergeben. Dadurch wird der kommerzielle Profit zum Vorteile des Syndikats verringert. Es wird die Zahl der Händler soviel als möglich beschränkt und den Handelsgewinn zugunsten des industriellen Profits schmälern. Es wird nicht mehr nötig haben, sich an den Handel zu wenden, sondern dieser muß vielmehr das Kartell aussuchen. Tut er das nicht, so gibt das Syndikat seine Produkte, wie das beim Petroleum der Fall ist, direkt an die Kundschaft ab. Das Kohlenyndikat liefert übrigens auch nur eine bestimmte Anzahl von Waggons an die Industrie und verweist im übrigen die Konsumenten an seine Vertreter. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine kämpft seit Jahren um direkte Lieferungen mit dem Syndikat. Dieses will aber die Konsumentenvereinigungen ausschließen, vor allem die Arbeitergenossenschaften, weil es deren Macht kürzen will. Und sollte sich die Großeinkaufsgesellschaft zur Einzelproduktion von Kohlen entschließen, so ist es sehr fraglich, ob sie noch ein Kohlenfeld erhalten wird. Die kartellierten Händler teilen sich mit dem Syndikat in den Profit.

Es gibt auch Länder, wo der Großhandel noch nicht so bedeutend gewachsen ist. Oesterreich ist ein solches Land. Auch seine Industrie ist stark kartelliert. Namentlich das Zuckerkartell hat dort eine riesige Entwicklung zu verzeichnen. Zuder ist dort nicht nur Handelsprodukt, sondern auch Warenartikel, also Spekulationsobjekt. Selbst die Großbanken haben sich dabei engagiert. Bei Gründung neuer Zuckerraffinerien liehen sich die Banken nur zur Kapitalisierung herbei, wenn ihnen der Vertrieb des Zuckers überlassen wurde.

Man sieht also, daß die gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer auf der gegenseitigen Kapitalstärke beruhen. Jede Einschränkung des kommerziellen Profits bedeutet eine Steigerung des industriellen Profits, und das Niveau der Durchschnittsprofite wird erhöht. Als schließliches Resultat dieses Prozesses ergibt sich, daß der Unterschied zwischen industriellen und kommerziellen Kapitalen ausgedehnt wird und die Besitzer des letzteren zu Agenten der Besitzer des ersteren gestempelt werden.

Auch das ist ein Werk der Großbanken. Die Kartellierung der Industrie wirkt auf die Banken derart, daß diese sich miteinander solidarisch erklären. Die Banken werden der größeren Sicherheit halber die Kartelle finanzieren und weil sie schon die einzelnen großen industriellen Werke beherrschen, besitzen sie auch die Macht im Kartell. Durch Ausschaltung der Konkurrenz ist der Ertrag für die Kartelle nicht nur ein sicherer, sondern auch ein höherer. Die Banken haben bei Gründung eines Kartells die Möglichkeit, den Profit erheblich höher zu kapitalisieren und einen großen Gründergewinn einzubehalten. Wenn z. B. bei der Produktion eines Artikels früher 10 Millionen Ertrag zu verzeichnen waren und nach der Kartellierung dieser auf 12 Millionen steigt, so können statt für 200, für 240 Millionen Aktien ausgegeben und verhandelt werden. In dem angeführten Falle würde also der Gründergewinn 40 Millionen betragen, die die Bank einstreicht, ohne einen Finger krumm gemacht zu haben. Das Einkommen der Banken wird also enorm gesteigert und die Akkumulation innerhalb der Bank dadurch beschleunigt. Mithin erfordert das Interesse der Banken die Erhaltung und Vermehrung der Kartelle. Die in Frage kommende Bank sichert sich natürlich auch das Monopol der Kreditgewährung bei dem Kartell. So wird ein immer größerer Teil des Bankkapitals als industrielles Kapital in den Kartellen angelegt. Dies erzeugt die Herrschaft des Bankkapitals, das zugleich industrielles Kapital ist, und die Abhängigkeit des übrigen industriellen, kommerziellen und Leihkapitals von den Banken, unter der Kontrolle der Banken. Man nennt dieses Kapital nun Finanzkapital. Das Finanzkapital ist also die Vereinigung aller früheren Kapitalarten unter der Herrschaft der Banken. Die Kartellierung und das fortwährende Kreditbedürfnis der Industrie, die immer mehr fixes Kapital (Gebäude, Ländereien, Maschinen) anlegen muß, sind die Ursache, daß das Finanzkapital die Herrschaft über die Produktion erlangte.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

In Nr. 12 des christlichen Zentralblattes ist der Geschäftsbericht des Generalsekretärs des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften veröffentlicht worden. Er gibt die Zahl der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf 365 243 an. Davon entfielen auf die Organisationen, die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angehören, 284 649, auf die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Organisationen 80 594. Zu diesen letzteren gehören der Verband Deutscher Eisenbahnhändler mit 37 433, die badischen Eisenbahner mit 11 133, die württembergischen mit 7345, das bayerische Postpersonal mit 10 448, das württem-

bergische mit 2400 und der Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien mit 11 638 Mitgliedern.

Wir haben es in den Organisationen, die dem Gesamtverbande nicht angeschlossen sind und zum Teil auch in den ihm angeschlossenen, wie dem Verbands der bayerischen Eisenbahner, mit Organisationen zu tun, die auf den Gebrauch der wichtigsten Waffe wirtschaftlichen Strebens, des Ausstandes, von vornherein verzichten müssen; eine Ausnahme davon macht nur der Verein zur gegenseitigen Hilfe. Die wirklichen christlichen Gewerkschaftler zählen also nur 284 649 und 11 638 = 296 287. Davon sind aber 24 112 Mitglieder (bayerische Eisenbahner) in Abzug zu bringen, so daß nur 272 175 Mitglieder verbleiben, die man als Gewerkschaftler im landläufigen Sinne nicht ansehen kann. Ja, wenn man streng sein will, muß man sogar den „Verein zur gegenseitigen Hilfe“, der eigentliche gewerkschaftliche Aktionen wohl noch nicht ausgeführt hat, und dessen Leistungen sich in Rechtschutz und Notstandsunterstützung (Sterbegeld, Arbeitslosenunterstützung) erschöpfen, mit seinen 11 630 Mitgliedern wieder in Abzug bringen, so daß dann gar nur 60 537 wirkliche Gewerkschaftler — aber auch nur in dem beschränkten christlichen Sinne, nicht in unserem — verbleiben.

Die dem Gesamtverband angeschlossenen Organisationen zählten Ende des vergangenen Jahres 284 649, im Jahresdurchschnitt 274 323 Mitglieder. Der vorige Jahresdurchschnitt betrug 247 116, mithin hätten die christlichen Gewerkschaften eine Mitgliederzunahme von 27 207 gegen 59 000 im Vorjahr. Im Durchschnitt des letzten Jahres zählten im einzelnen die Bergarbeiter 74 700 (im Vorjahr 73 542), Bauhandwerker 40 135 (36 459), Textilarbeiter 40 764 (34 581), Metallarbeiter 28 098 (24 744), bayerische Eisenbahner 24 112 (22 155), Hülsen- und Transporthandwerker 14 636 (13 023), Holzarbeiter 11 239 (10 222), Keramarbeiter 8352 (7031), Tabakarbeiter 6549 (6437), Heimarbeiterinnen 4966 (3600), Lederarbeiter 4203 (3250), Schneider 3758 (3124), Maler und Anstreicher 3352 (2577), Gutenbergbund 2812 (2714), graphisches Gewerbe 1409 (1050), Krankenpfleger 1114 (642), bayerische Salinarbeiter 893 (823), Gärtner 728 (670), Bäcker 650 (472), Telegraphenarbeiter 1861 Mitglieder. Immer noch marschieren die Bergarbeiter weit voraus an der Spitze der christlichen Gewerkschaften, auf sie entfällt mehr als ein Viertel der Gesamtmitgliederzahl. Die Textilarbeiter, die ehemals an zweiter Stelle standen, sind von den Bauarbeitern überholt worden. Die Zahl, die die einzelnen christlichen Organisationen (mit Ausnahme der Bergarbeiter) aufweisen, sind winzige Bruchteile der in diesen Berufen tätigen Personenzahl, was besonders für die beiden wichtigsten Berufe der Metall- und der Holzarbeiter zutrifft. Die eine Organisation der Metallarbeiter auf unserer Seite mit ihren 368 000 Mitgliedern verschlingt die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung mit allem, was innerhalb und was außerhalb des Gesamtverbandes steht.

Die Gesamteinnahmen der dem Gesamtverbande angeschlossenen Organisationen betragen 4 311 495 Mk., die Gesamtausgaben 3 193 978 Mk., der Kassenbestand beträgt 3 487 735 Mk. Was die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Organisationen finanziell zu bedeuten haben, zeigt der Umstand, daß sie bei 80 437 Mitgliedern nur eine Gesamteinnahme von 204 925 Mk., also auf das Mitglied 2,50 Mk. aufweisen. An Ausgaben der christlichen Gewerkschaften seien im einzelnen genannt: Streik- und Gemahregelunterstützung 743 270 Mk., Krankenlohn 443 035 Mk., Sterbegeld 99 284 Mk., Rechtschutz 81 442 Mk., Reise- und Arbeitslosenunterstützung 51 743 Mk., sonstige Unterstützungen 32 974 Mk. Für die Agitation wurden 355 155 Mk., für die Verwaltung 143 591 Mk., für Gehälter 96 545 Mk. ausgegeben.

Was die Bewegungen anlangt, an denen die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907 beteiligt gewesen sein sollen, so wird von 1089 Bewegungen mit 59 718 Personen berichtet. 291 Bewegungen, mit Beteiligung von 17 171 Personen, führten zu Streiks, die übrigen Bewegungen verliefen friedlich. 189 Angriffs-, 35 Abwehrstreiks und 67 Aussperrungen waren zu verzeichnen. 604 Bewegungen wurden von den christlich organisierten Arbeitern allein, 485 mit anderen Organisationen geführt; in 758 Fällen gehörte die Mehrzahl der Beteiligten christlichen Organisationen an. Der Berichterstatter glaubt diese Zahlen als Beweis dafür ins Feld führen zu können, daß die christlichen Organisationen nicht nur die Bewegungen führen, wo sie von den freien Gewerkschaften dazu gedrängt werden, sondern auch ohne eines Antriebs von dieser Seite. Im Grunde genommen werden sie aber doch von den freien Gewerkschaften auch zu den „freiwillig“ unternommenen Bewegungen gedrängt, denn es heißt an anderer Stelle, daß mit Süßholzspitzen bei der starken sozialdemokratischen Bewegung in Deutschland die Arbeitermassen nicht zu gewinnen seien. Hier ist doch in der Hauptsache die Bewegung der freien Gewerkschaften gemeint, welche die christlichen Gewerkschaften unablässig vorwärts treibe. Andererseits wird als Vorzug der christlichen Gewerkschaften hervorgehoben, daß ihnen friedliche Vereinbarungen lieber seien als durch Streiks erzwungene Zugeständnisse. Dasselbe können auch wir sagen, so daß dieser „Vorzug“ den Christen abgesprochen werden muß. Wollen sie aber mit dem Hinweis auf ihn sagen, daß sie auch auf den Streit verzichten wollen, wenn sie durch Vereinbarungen nur Scheinvorteile erzielen können, dann wäre das wieder ein Beweis dafür, daß sie im Ernstfall von der notwendigen Kampfgeneigtheit, die eben erst hervorgehoben wurde, verlassen werden können.

Der Bericht kommt auch in interessanter Weise auf den bekannten Fall Behrens zu sprechen. Behrens ist Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung, einer aus antisemitisch-agrarisch-zünftlerischen Elementen bestehenden Fraktion; als solches gehörte Behrens zum Bloß und hätte also für das Vereinsgesetz stimmen müssen. Nun ist Behrens aber auch Führer der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergleute, in dieser Eigenschaft mußte Behrens gegen das Vereinsgesetz stimmen. Er half sich damit, daß er in zweiter Lesung für, in dritter Lesung gegen den Sprachenparagrafen stimmte und zum Schluß sich der Abstimmung über das ganze Gesetz enthielt. Daraus hat sich dann der den Lesern bekannte Fall Behrens entwickelt. Der Bericht des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften bemerkt nun aus diesem Anlaß: „Von den aus der christlichen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Abgeordneten muß in Fragen der Arbeiterpolitik mehr verlangt werden, als von der Partei, der er angehört, insgesamt gefordert werden kann. Andernfalls könnte deren parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu zum Verhängnis werden... Die Parteien, die es mit den Emanzipationsbestrebungen des Lohnarbeiterstandes und mit der gleichberechtigten Eingliederung desselben ernst meinen und befähigten Arbeiterführern auch Mandate zu den gesetzgebenden Körperschaften einzuräumen geneigt sind, müssen diesen Arbeitervertretern gestatten, in grundlegenden Fragen der Arbeiterbewegung, wie Koalitionsrecht, Vereinsrecht usw., eventuell auch von der Fraktionsmeinung abweichend zu stimmen... Auf dieser Auffassung müssen wir bestehen bleiben, selbst auf die Gefahr hin, daß dann einzelne Parteien glauben sollten, sich nicht entschließen zu können, christliche Arbeitervertreter in ihre Fraktionen aufzunehmen. Wenn in manchen Parteien der Zeitpunkt zur Brantiation dieser Auffassung noch vorrückt erscheint, dann lieber gar keine christlichen Arbeiterabgeordneten als solche, die von Fraktionswegen zu Handlungen gedrängt werden, die der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Lande die Position anstatt zu erleichtern, weiter erschweren. Die Schwierigkeiten, die die christliche Gewerkschaftsbewegung durchzukämpfen hat, sind gerade groß genug, als daß sie sich den Luxus gestatten könnte, durch ihre führenden Kräfte in den parlamentarischen Körperschaften sich neue Hindernisse bereiten zu lassen.“

Für die Parteien, denen christliche Arbeitervertreter angehören, dürfte es nicht leicht sein, dem Verlangen des Sekretärs zu entsprechen, und so werden die christlichen Gewerkschaftler wohl in Zukunft darauf verzichten müssen, sich von ihnen ins Parlament entsenden zu lassen. Daß sich die christlichen Gewerkschaften nicht an eine politische Partei anlehnen wollen, in der Gewerkschafts- und Parteinteresse zusammenfällt, so daß zwischen ihr und den Gewerkschaften solche Konflikte, wie der besprochene, nicht entstehen können, kann man demnach als keinen Vorzug der christlichen Gewerkschaften vor den freien betrachten; den christlichen Gewerkschaften wird weiter nichts übrig bleiben als auf eine eigene Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten zu verzichten oder sich auf das Wohlwollen der bürgerlichen Parteien bei Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen zu verlassen. Ihre Lage ist wirklich keine beneidenswerte.

Der Rückgang der schlesischen Glend-Industrie.

Der Rückgang der Handweberei schreitet unaufhaltsam weiter. Einen umfassenden Ueberblick über den Verlauf der Dinge ergeben die statistischen Ermittlungen, welche alle drei Jahre von der Handelskammer Schweidnitz für die ihr zugehörigen drei Kreise Schweidnitz, Reichenbach und Waldenburg angestellt werden. Danach betrug die Zahl der Handweber in den Kreisen:

	1850	1880	1892	1905	1908
Reichenbach	10253	6976	3780	1358	1111
Schweidnitz	3534	2621	1469	387	710
Waldenburg	6466	2535	2409	925	689
	20258	12172	7658	3150	2518

Aus der sehr umfassenden, auf alle Orte und Gemeindebezirke, sowie Geschlecht, Alter und Art der Berufstätigkeit ausgedehnten Statistik, deren Ergebnisse im Jahresbericht der Handelskammer tabellarisch veranschaulicht sind, ergibt sich folgendes:

Die Zahl der Handweber des Handelskammerbezirks hat seit der letzten, im Februar 1905 erfolgten Aufnahme wiederum eine erhebliche Verminderung erfahren, und zwar von 3120 auf 2527 Köpfe, also um 593, das sind 19 Proz., im Durchschnitt der drei Jahre 6,3 Prozent. Im Vergleich mit den früheren Zählungen ist also die Abnahme wesentlich niedriger gewesen, denn der Rückgang betrug bei der Aufnahme im Februar 1905 in einem Jahre 277 Personen gleich 8,16 Proz., 1904 924 Personen gleich 11,2 Proz., 1903 440 Personen gleich 10,4 Proz., 1902 527 Personen gleich 11 Proz., 1901 474 Personen gleich 9 Proz. Der verhältnismäßig stärkste Rückgang machte sich diesmal im Kreise Waldenburg bemerkbar, wo er im Jahresdurchschnitt 8,18 Proz. ausmachte; dagegen war er im Vergleich mit der letzten Zählung im Jahre 1905 im Kreise Reichenbach geringer als damals, da er dort nur 5,8 Proz. im Jahresdurchschnitt betrug, gegen 9 Proz. 1905; im Kreise Schweidnitz, wo auch bisher mit Ausnahme der Zählung von 1905

Ebenjowenig konnte das königliche Staatsarchiv zu Danzig die Sache aufklären, denn es schreibt: „Trotz eingehender Nachforschungen konnte weder über den angeblich in der Zeit zwischen 1579 und 1586 in Danzig in Tätigkeit befindlichen Wandwirstuhl noch über sein Verbot oder eine Beziehung des Malers A. Wöller etwas festgestellt werden. Es sind zahlreiche Wüstgristen der Wollweber, Tuchbereiter und Tuchschärer an den Magistrat aus dieser Zeit vorhanden, zahlreiche Beschwerden sind in ihnen vorgebracht, aber dieses Wüstgristen wird mit keinem Worte gedacht. Ebenjowenig wird er in der 1582 neu erlassenen Rolle für das Gewerbe der Tuchmacher erwähnt. Da nun die ganze Sache das Gewerbe der Wollweber sehr erregt haben soll, so ist es doch höchst unwahrscheinlich, daß sich davon auch nicht der leiseste Widerspruch in den Beziehungen zum Rate hätte abspiegeln und daß das Gewerbe selbst in seiner Rolle sich nicht gegen diese Gefahr hätte sichern sollen, wogu reichliche Gelegenheit bei den Abschnitten gewesen wäre, die über die erlaubte Zahl von Gesellen und Lehrlingen für jeden Meister und die tägliche Arbeitszeit handeln.“

Wir werden bereit als die Danziger als Erfinder des Wandwirstuhles fallen lassen müssen und sein Auftreten aufs Jahr 1621 in Leiden ansetzen.

Wie man im Mittelalter Wand webte, zeigt eine der herrlichen Miniaturmalereien der berühmten „Heidelberg großen Minnefinger-Handschrift“ vom Jahre 1310 auf Blatt LXXXII, 285. Einer der ältesten erhaltenen Wandstühle befindet sich im Dresdener Kabinett und wurde von dem Kommerzien- und Medizinalrat Matthäus Böhme (1728 bis 1798) erbaut.

„Die Textilindustrie“, Wien.

Die Entwicklung der Spitzenindustrie.

Kulturhistorische Skizze von R. Thäl.

Seit Jahrhunderten zählen jene reizenden duftigen Gewebe, die man Spitzen nennt, zu dem vornehmsten Toilettenschmuck, und mehr als je bevorzugt diesen die Mode in unseren Tagen. Anfangs tadelnd müßiger Zeitvertreib, elegante Modehandarbeit der Oberklasse, wurde die funkt- und mühevollen Herstellung der Spitzennäheri bald Gemeingut des Volkes und die gesteigerten Ansprüche der großen Welt liehen die ersten Künstler der Hoch-

renaissance bewunderungswürdige, klassisch ornamentale Muster entwerfen, die den Spitzen dauernd hohen Wert schufen. Die Vorliebe für Spitzen gelangte allmählich zu einer solchen Höhe, daß es jahrelanger Tätigkeit unzähliger Frauenhände bedurfte, um auch nur eine einzige Toilette einer vornehmen Dame mit echten Spitzen zu versorgen, und nicht nur die Kleidung der Frauen, auch die der Männer erliefte Jahrhunderte hindurch reichen Spitzenschmuck zur Erhöhung der Eleganz. Die Spitzenarbeit soll zuerst bei den Orientalen und den Mauren bekannt gewesen sein. Einer deutschen Frau gebührt das große Verdienst, schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts Verständnis für die Frage der Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechtes gehabt zu haben. Barbara Uttmann, die gebildete Nürnberger Patriziertochter, die Gattin eines Bergwerksbesitzers in Annaberg, hat durch die Einführung des Spitzenklöppelns die Not der Bewohner des sächsischen Erzgebirges dauernd gelindert und den Frauen und Mädchen einen außerordentlichen Wirkungskreis, eine lohnende Erwerbsquelle erschlossen. Die dankbare Nachwelt hat das Andenken der trefflichen Frau durch ein Denkmal geehrt. Die Spitzenindustrie hat sich seit jener Zeit durch fast ganz Europa verbreitet und hat die Frau nicht nur zur Ernährerin der Familie in den verschiedensten Gegenden gemacht, sondern Frauenarbeit und Frauengeschicklichkeit haben eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung erlangt und Wohlstand, ja Reichtum für dieselben herbeigeführt.

Vielfach bezeichnet man auch Venedig, die Metropole der Mode und Eleganz im 16. und 17. Jahrhundert, als die Wiege der Spitzenindustrie. Katharina von Medici, die in einem florentiner Kloster die Kunst des Spitzenklöppelns erlernt hatte, brachte diese fast um dieselbe Zeit nach Frankreich, als Barbara Uttmann ihr in Annaberg eine heimische Stätte bereite. Die Spitzenindustrie gewann jedoch erst ein Jahrhundert später in Frankreich mehr Verbreitung, als der geniale Minister Ludwigs XIV., Colbert, venetianische Spitzenarbeiterinnen zur Auswanderung nach Frankreich zu veranlassen verstand und den prachtliebenden Herrscher für den Plan, Spitzfabriken ins Leben zu rufen, so interessieren mußte. Die königlichen Spitzfabriken von Mencon, Argenton und Sedan wurden gegründet und gelangten, mit königlicher Munizienz gefördert, schnell zu hoher Blüte, um so mehr, als die Mode unter Ludwig XIV. und seinen Nachfolgern nicht nur den Frauen, sondern auch den Männern diktierte, ihre Kleidung mit den prachtvollsten, kostbarsten Spitzen zu verschönern. Der Sturz des fran-

zösischen Königtums vernichtete auf lange Zeit die Blüteperiode der französischen Spitzenindustrie, die jedoch auch mittlerweile in den Niederlanden Eingang gefunden hatte und bald große Ausdehnung gewann. Brabanter, Brüsseler und Mechelner Spitzen erlangten Weltruf. Obgleich Belgien und die venetianische Republik streng über die Auswanderung von Spitzenklöpplerinnen wachten und sie auch streng ahndeten, ließ sich dieselbe nicht ganz verhindern, hauptsächlich fand jedoch die Spitzenindustrie in Europa durch die infolge der Aufhebung des Edikts von Nantes aus Frankreich ausgewiesenen Protestanten, unter denen sich viele geschickte Spitzenarbeiterinnen befanden, die ihre Kunst ins Ausland trugen, Verbreitung.

Chantilly, der Ort, nach dem die weltberühmte schwarzseidene Blondenpize ihren Namen trägt, dankt seine lebhafteste Spitzenindustrie der Fürstin Catherine de Rohan, geborenen Herzogin von Longueville. Die junge Gemahlin König Jakobs I. von England wollte keine Spitzen tragen, die nicht im eigenen Lande hergestellt wurden, und gab somit die Anregung zur Einführung der Spitzenindustrie in England, aus der sich später die berühmte großartige Tüll- und Spitzenfabrikation, mit der England die größten Einnahmen erzielte und die hauptsächlich ihren Sitz in Nottingham hat, entwickelte.

Die bedeutende Spitzenindustrie Schwedens dient weniger als Handels- und Exportartikel, sondern befriedigt zumeist das nationale Gebrauchsbedürfnis. Die h. Brigitta soll die Kunst, Spitzen herzustellen, in das schwedische Kloster von Wadstena gebracht haben. In der Mitte des 18. Jahrhunderts fehlte es den höheren Ständen in Südranreich an Diensthöfen, da die weibliche Landbevölkerung den ruhigen, besser bezahlten Erwerb durch häusliche Spitzenarbeit vorzog.

Die Gründung des k. k. Zentral-Spitzekurses in Wien hat viel dazu beigetragen, die Spitzenindustrie in Oesterreich zu heben. Ebenso ist in neuerer Zeit die Kunst, echte Spitzen anzufertigen, auch ein Erwerbszweig der Frauen und Mädchen des schlesischen Gebirges, besonders der Hirschberger Gegend, geworden. Man unterscheidet echte Spitzen, geklöppelte und genähte, von Maschinenspitzen. Seitdem letztere eine so hohe Vollendung erlangt haben, ist auch die Bedeutung der Herstellung von Spitzen für den Volkserwerb vermindert worden; allerdings sind sie im Vergleich zu echten Spitzen wertlos. (Fortsetzung folgt.)

die verhältnismäßig schwächste Verminderung zu verzeichnen war, betrug der Rückgang 5 Proz., blieb also unter dem Durchschnitt der Rückgangsziffer der Gesamtbevölkerung des Bezirks. Fabrikhandwerker, d. h. solche, die in Werkstätten arbeiten, in denen zehn und mehr Handwerker beschäftigt sind, von denen die letzte Statistik keinen Aufwies, erscheinen diesmal in der Zahl von neun. Die Zahl der Meister und der selbständigen Weber hat diesmal stärker abgenommen, als die Zahl der Gehilfen, indem die Abnahme bei den Letzteren während der Jahre 1905 bis 1908 16,6 Proz., also im Durchschnitt der drei Jahre 5,5 Proz. betrug, während die Abnahme bei den Meistern 19,9 Proz. bzw. im Durchschnitt 6,6 Proz. betrug (bei der Zählung 1905 8,54 Proz. bei den Gehilfen, 8 Proz. bei den Meistern). Die Zahl der sich nur mit Weberei beschäftigenden Personen ist wiederum stärker zurückgegangen als die Zahl der sich auch mit anderen Erwerbsarbeiten beschäftigenden Weber, nämlich um 21,5 Proz. gegen 7,3 Proz., d. h. im Jahresdurchschnitt um 7,1 Proz. gegen 2,4 Proz. (1905 8,6 Proz. gegen 5,9 Proz.). — Was das Alter anbelangt, worüber diesmal besondere Angaben eingefordert worden sind, so machten 50—60jährige etwa 60 Proz., die 60—70jährigen über 50 Proz. und die 80jährigen noch über 8 Proz. der Gesamtzahl aus. Die letzte Erhebung zeigt neben der fortschreitenden Verminderung der Zahl der Handwerker auch noch, daß die Hausweberei, insofern sie noch besteht, immer mehr den Charakter einer neben anderen Erwerbsarten betriebenen Nebenbeschäftigung annimmt. Den Rückgang in der Zahl der nur mit Weberei beschäftigten Hausweber war sehr erheblich stärker als der Rückgang in der Zahl solcher Personen, die die Hausweberei als Nebenbeschäftigung betreiben.

Ganz ähnlich wie im Gules- und Waldenburger Gebirge vollzieht sich auch, wie der „Vote“ berichtet, der Rückgang im Riesengebirge. So wurden beispielsweise in den Kreisen Hirschberg und Schönau Handwebereibetriebe:

	1891	1894	1898	1901	1906
Hirschberg . . .	1374	1058	801	568	416
Schönau . . .	298	208	167	109	80
	1672	1266	968	677	496

Dieser Rückgang vollzieht sich, wie gesagt, unaufhaltbar. Es ist interessant, dieser Entwicklung einmal im einzelnen nachzugehen. Es waren im Betrieb in:

	1891		1906	
	absolut	auf je 100 Einw.	absolut	auf je 100 Einw.
Schmiedeberg . . .	160	3,5	31	0,6
Bärndorf . . .	103	20	33	7,8
Fischbach . . .	113	11,3	64	6,4
Grunau . . .	146	9,8	34	2,1
Hohenwaldbau . . .	25	17,3	10	10
Hohenwiese . . .	96	19	9	1,5
Reudorf . . .	60	20	27	9,7
Wüsterhörtdorf . . .	119	23	32	7,8
Rothenzschau . . .	53	24	22	13
Seidorf . . .	156	12	35	2,7
Voigtsdorf . . .	166	16,8	88	8,8

In irgenwie bemerkenswertem Umfange hat sich die Handweberei als nur in den Orten gehalten, die vom Fremdenverkehr nicht, oder doch nur wenig berührt werden und Anschluß an die moderne Industrie nicht zu finden vermocht haben. In Schmiedeberg, Hohenwiese, Grunau und auch in Seidorf ist die Handweberei dem Erlöschen nahe, da sich hier kaum noch jüngere Kräfte an den Webstuhl setzen, vielmehr lohnenderen Erwerb, soweit die ausgemergelten Handwerker noch solchem nachgehen können, suchen. In den anderen, fern von der großen Straße gelegenen Orten vollzieht sich der Rückgang langsamer. Er ist jedoch auch hier unüberleubar. Auch in der Einwohnerzahl kommt es zum Ausdruck. Diese Weberdörfer haben im Laufe der letzten fiebzehn Jahre ausnahmslos, zum Teil erheblich an Einwohnern verloren.

Die Krise in der Textilindustrie, welche eine bedeutende Einschränkung in der Arbeitszeit mit sich bringt, in vielen Betrieben wird nur noch an vier Tagen in der Woche gearbeitet, wird den Rückgang der Handwerker noch mehr beschleunigen. Die Ursachen des Rückganges sind von uns schon mehrfach erörtert worden, in der Hauptsache gipfeln sie in der immer mehr zunehmenden Einführung der Maschinenarbeit und den geradezu erbärmlichen Löhnen, die man den Handwebern zahlt. Die Fabrikanten selbst aber werden Millionäre.

Oesterreichs Gewerkschaften im Jahre 1907.

Von der „Gewerkschaftskommission Oesterreichs“, der in Wien domizilierenden Zentralkommission der österreichischen Gewerkschaften, ist soeben ein umfangreicher Jahresbericht über die „Stärke und Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften Oesterreichs im Jahre 1907“ herausgegeben worden. Die Zahl der Mitglieder hatte danach Ende 1907 die halbe Million überschritten. Die Zunahme an Mitgliedern war jedoch schwächer als 1906. Dieselbe Erscheinung wie in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands.

Es ist interessant, die österreichischen mit den reichsdeutschen Ziffern zu vergleichen. Es betragen die Mitgliederzahlen

	der Gewerkschaften Oesterreichs	der freien Zentralverbände Deutschlands
1892	46 606	237 094
1901	119 050	677 510
1905	323 099	1 344 803
1906	448 270	1 689 709
1907	501 094	1 865 506

In beiden Ländern eine großartige Entwicklung der modernen Gewerkschaftsverbände. Die Oesterreicher verzeichneten 1905 ihr bestes Jahr, die Reichsdeutschen 1906; beide haben 1907 weniger wie in den beiden Vorjahren prosperiert. Die Wirtschaftskrise war der Hemmschuh, in Oesterreich wie in Deutschland. Von den Gewerkschaftsmitgliedern in Oesterreich waren 1907 weibliche 46 401, in Deutschland 136 929. Prozentual ist die weibliche Mitgliederzahl stärker wie in Oesterreich.

Aus der Gewerkschaftsstatistik läßt sich auch auf den Grad der Industrialisierung der Landesteile bzw. Kronländer schließen. Mit 35,52 Proz. von der Gesamtmitgliedschaft steht Böhmen, das industriell fortgeschrittenste Kronland, an der Spitze. Dann folgt Wien mit 25,07 Proz., Mähren mit 9,88 Proz., Niederösterreich mit 7,98 Proz., Steiermark mit 5,12 Proz., Schlesien mit 5,13 Proz. Andere Prozentzahlen ergeben sich, wenn man die Organisierten in Vergleich zu den beschäftigten Berufsgenossen bringt. Dann steht Wien mit 39,04 Proz. an der Spitze, Salzburg mit 32,69 Proz., folgt, sobald Niederösterreich mit 26,85, Steiermark mit 23,60, Sibirien mit 21,94, Böhmen mit 20,43 Proz. Ueberhaupt organisiert von allen in Frage kommenden Berufsgenossen waren 22,50 Proz. In Landesteilen mit lebhafter politischer Arbeiterbewegung, z. B. in Wien, oder dort, wo die Zahl der vornehmlich in Frage kommenden Industriearbeiter relativ gering ist, wie in Sibirien, wird der Prozentsatz der Organisierten in der Regel am höchsten sein; während in den Massenquartieren der Industriearbeiter, wie Böhmen, die Prozentzahlen geringer sind, zumal wenn, was für Böhmen zutrifft, die chaotische Bewegung (Sprachenstreit) große Volksmassen ablenkt von der Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Hat sich doch in Prag eine „tschechoslawische Gewerkschaftszentrale“ etabliert, deren 33 angeschlossene Vereine sich wohl der sozialistischen Bewegung zurechnen, aber eine von der Wiener Gewerkschaftskommission abgeordnete Agitations- und Organisationsarbeit betreiben, wobei es nicht an bedauerlichen, der Gesamtentwicklung wenig förderlichen Reibungen zwischen den „Pragern“ und „Wienern“ fehlt.

Die Gesamteinnahme der österreichischen Gewerkschaften betrug 1907 8 120 763 Kronen, die Ausgaben 7 147 730 Kronen. Von den Ausgaben entfielen 2 841 000 Kronen auf Unterstüßungszwecke und 4 306 390 Kronen auf andere Vereinszwecke. In der letzteren Summe sind die Ausgaben für die Fachorgane im Betrage von 1 016 227 Kronen einbezogen. Außerdem wurden für einen Widerstandsbegründungsstreifensfonds 3 283 716 Kronen aufgebracht, wovon 1 825 587 Kronen für Streiks und Maßregelungen ausgegeben wurden.

Das Gesamtvermögen der österreichischen Gewerkschaften ist mit Ende 1907 auf 8 806 038 Kronen angewachsen. Hieron entfallen auf die Buchdrucker 2 929 000 Kronen, auf die Metallarbeiter 1 203 000 Kronen, die Holzarbeiter und Textilarbeiter verfügen über zirka je 1/2 Millionen Kronen.

Die tschechoslawischen Vereine, die in der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission in Prag vereinigt sind, stiegen von 30 auf 33 mit 465 auf 765 Ortsgruppen; die Zahl der Mitglieder betrug 37 423. Von diesen sind 12 sogenannte Reichsvereine, die den Zweck verfolgen, alle tschechischen und slawischen Berufsangehörigen zu vereinigen. An Einnahmen weisen diese Vereine rund 456 759 Kronen auf, denen 355 026 Kronen an Ausgaben gegenüberstehen. — Ueber den Stand der Fachpresse sei folgendes mitgeteilt: es existieren 50 deutsche, 44 tschechische, 8 polnische, 3 italienische Fachblätter und ein slowenisches. Die Gesamtauflage dieser Gewerkschaftsblätter betrug 508 690, gegen 1906 eine Zunahme von 30 020. Das ganze bietet ein Bild erfreulichen Aufschwunges. Auch die österreichischen Gewerkschaften sind über die Zeit hinaus gemacht, wo jede Geschäftskrise oder jeder verlorene Kampf auch gleichzeitig eine schwere Erschütterung der ganzen Berufsorganisation nach sich zog. Die österreichischen Gewerkschaften haben sowohl an Mitgliederzahl als auch an innerer Festigkeit gewonnen und bilden nun gegenüber dem Unternehmertum eine achtungsgebietende Macht.

Aus der Geschichte der Bewegung der russischen Textilarbeiter.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die zweite Konferenz der Textilgewerkschaften des Moskauer Gebiets war bereits im Mai 1907 angekündigt, sollte aber erst Ende Juni stattfinden. Im Grunde aber sollte sie nicht nur Fragen des Moskauer Industriearbeiters beraten, sondern auf die Lage der gesamten Arbeiterklasse der Textilunternehmen Bezug nehmen und Fragen des gemeinschaftlichen Vorgehens erörtern.

Das Gerücht von einem Generalstreik verbreitete sich sehr rasch unter den Massen, und bald bekamen auch die Arbeitgeber davon zu

*) Siehe „Textilarbeiter“, Nr. 33.

hören. Sie waren sich ganz gut bewußt, daß in Anbetracht der üppigen Bestellungen, des Ueberflusses an Arbeit die Arbeiter früher oder später sich zu regen beginnen würden. Deshalb hatten die Fabrikanten der Textilbetriebe noch im Winter 1906/07 eine Zusammenkunft veranstaltet, in der ein geheim gehaltenen Beschluß über die Beziehungen zu der Arbeiterklasse und zu deren Forderungen gefaßt wurde. Der genaue Inhalt dieses Beschlusses ist bis jetzt nicht bekannt, eins steht aber fest: daß die Arbeitgeber übereinkamen — im Falle von entsprechenden Anträgen seitens der Arbeiter —, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, die aber ein bestimmtes Maximum nicht übersteigen dürften.

Und nun begann die Komödie: nur wenige von den Unternehmern machten ohne weiteres die beschlossenen Zugeständnisse zu den Arbeitslöhnen; die meisten warteten geduldig das Erscheinen von Gärungssymptomen in ihren Fabriken ab, begannen Verhandlungen mit den Arbeitern, handelten und feilschten und ließen sich schließlich zu „großmütigen“ Zugeständnissen herab; einzelne Arbeitgeber ließen es sogar zum Streit kommen, und nur die volle Gewißheit, daß sie von ihren Kollegen keine Unterstützung erhalten würden, bewog sie, sofort nachzugeben. Zwei, drei von den Textilmagnaten, die ihre Arbeiter durch vielfache Maßregelungen in einer unterdrückten, dem Frondienst ähnlichen Lage zu erhalten gewußt haben, brachten es soweit, die Arbeitslöhne nicht nur nicht zu erhöhen, sondern — ad majorem Dei gloriam! — noch hinabzudrücken!

Im großen Ganzen betragen die gewährten Zuschüsse fünf Kopeken; so wurden sie auch von den Arbeitern als „Fünftopfenzulage“ getauft. Die auf Tage- oder Monatslohn Arbeitenden erhielten einen Zuschlag von 5 Kopeken (= 11 Pfennig) pro Tag, bei den Affordarbeitern mußten besondere Berechnungen seitens der Fabrikverwaltungen ausgeführt werden, damit im Endergebnis der Verdienst dieser Arbeiter sich auch um 5 Kopeken pro Tag erhöhen konnte.

Wenn wir jetzt auf diese ganze Zugabebewegung einen Rückblick werfen, so überzeugen wir uns, daß alle solche Zugeständnisse einen mehr oder weniger geschickten Schachzug bildeten, der die Arbeiter von ihren den Profiteuren der Unternehmer bedrohenden Gedanken abbringen sollte.

Damals aber, im Frühling 1907, erschienen diese Zugeständnisse in einem ganz anderen Lichte: die Unternehmer sind nachgiebig, sagten wir uns, sie kommen sogar freiwillig den kaum geäußerten Wünschen der Arbeiter entgegen — also ist die Lage der Textilindustrie wirklich glänzend. Und — folgerten wir weiter — das beweist, daß nun der passendste Augenblick zu einem Angriff gekommen ist: bricht jetzt ein Streik aus, so werden die Fabrikanten sofort nachgeben, denn eine solche Zeit des Aufschwunges kommt nicht bald wieder und die Fabrikanten werden sie nicht fruchtlos vorübergehen lassen wollen.

Und nun berieten wir (ich spreche hauptsächlich von Petersburg) eine Delegiertenversammlung ein. Zu dieser Art Vertretung war die Gewerkschaft gekommen, da der Vorstand zu wenig Fühlung mit den Massen hatte, eine Generalversammlung aber nicht zusammenzurufen vermochte, da eine diesbezügliche Genehmigung von der Polizei zu erwirken damals unmöglich war. Ein jeder Betrieb hatte also eine der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder entsprechende Anzahl von Delegierten zu bestimmen, welche sodann mit gleicher Stimmberechtigung an der Beratung und Beschlußfassung teilnahmen.

Die erste Delegiertenversammlung, die zur Beratung der Frage vom Generalstreik berufen wurde, verlief ziemlich lebhaft. Einige von den größeren und am besten organisierten Fabriken (Maywell, Pahl) äußerten sich zwar sehr zurückhaltend: „Wenn ein allgemeiner Streik ausbricht, so werden wir auch dabei sein.“ Gingen waren die Vertreter der schlechtest entlohnten Arbeiter (Fabriken von Malzoff, Tschesch u. a. m.) für den Generalstreik ganz Flamme und drängten mit großer Energie auf einen entsprechenden Beschluß. Es war bereits zu sehen, daß die Idee des Generalstreiks zu der Zeit nicht von der ganzen Arbeiterklasse von Petersburg (und — wie es sich später herausstellte — auch in den übrigen Teilen Rußlands) willkommen geheißen wurde. Uebrigens hing die endgültige Entscheidung noch von der bevorstehenden Konferenz in Moskau ab, weshalb man sich in der Delegiertenversammlung mit einer provisorischen Resolution zufrieden geben konnte. Diese Resolution enthielt einige Kampfforderungen, war aber vorläufig genug abgefaßt, um den Weg zum Rückzug nicht abzuschneiden. . . Die Delegiertenversammlung wählte schließlich zwei Genossen, einen recht bedächtigen Arbeiter P. und die zeitweilige Sekretärin der Gewerkschaft, die den Parteiamen Seraphina trug, als Vertreter zu der Konferenz in Moskau.

Das war in den letzten Tagen des Monats Mai. Es waren bekanntlich die Tage der letzten Atemzüge der zweiten Reichsduma. Die Auflösung oder — wie man es nannte — „Auseinanderjagung“ der Reichsduma ließ sich bereits spüren, und die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion befanden sich in einer großen Aufregung. Die Lage war peinlich: 300 Vertreter der sozialdemokratischen Partei Rußlands befanden sich auf dem Parteikongress in London, das Proletariat gab keine Zeichen von sich, die auf einen Ausbruch des Unwillens wegen der Auflösung der Reichsduma zu hoffen erlaubten. Nun waren aber die Textilarbeiter — wie es schien — zum Kampfe gerüstet und die Abgeordneten der Dumafraktion lenkten auf unsere Organisation ihre hoffnungsvollen Blicke.

bedenken Maßnahmen zu behandeln sind, die mit Abzugsvorrichtungen für den Staub versehen sein müssen. Jene Bestimmungen wurden von den Handelskammern in Riddermünster (dem Sitz der Teppichindustrie, wo viel ostindische Wolle verarbeitet wird) sowie von denjenigen in Halifax, Densbury und vom Yorkshire Verband der Textilindustriellen gebilligt.

Zur Verbreitung von Kunstseiden in Nordamerika. Die „Genasco Silk Works“ in Lawrence nehmen bedeutende Erweiterungsarbeiten vor. Es ist das die einzige Fabrik in der Union für die Erzeugung künstlicher Seide. Augenblicklich werden pro Tag 5000 Pfund englische aus Europa eingeführt. In einem Artikel im „Silk Journal“ heißt es über den zunehmenden Verbrauch dieses Erzeugnisses folgendermaßen: Seit mehreren Jahren geht von Interessenten in dieser Sache das Bemühen aus, der Kunstseide Eingang in die Wirkwaren-, Pofamenten- und Spitzenindustrie als auch in die Weberei zu verschaffen. Der Erfolg ist denn auch nicht ausgeblieben und der Verbrauch häuft sich in einem Maßstabe, den man kaum zu ahnen gewagt hat. Das Gespinnst der Genascofabrik gilt als dem europäischen überlegen, und man verarbeitet es in Artikeln, für die es anzuwenden in Europa vergeblich versucht worden ist. Besonders für die Herstellung von Aufputzbesätzen und zahlreichen besonderen Erzeugnissen ist dieselbe gegenwärtig zum unentbehrlichen Rohmaterial geworden. Die Ware eines tonangebenden Stickerhauses ist zum großen Teile kunstseidenes Fabrikat. Desgleichen verarbeiten es vielfach zwei große Firmen der Lächerherstellung und eine große Firma für seidene breite Ware und Bandwebereien. Auch für Behänge beginnt es eine vielversprechende Rolle zu spielen. So haben die Versuche, die in einem großen Werke für Vorhänge, Gardinen, Wandbehänge usw. vorgenommen wurden, erwiesen, daß aus Kunstseide hergestellte Gewebe sich durch ein viel feineres, schöneres Aussehen auszeichnen, als wenn sie aus natürlicher Seide angefertigt sind. Ein weiteres neues Gebiet hat sich der Kunstseide auch für die Stückfärberei eröffnet, indem es gelungen ist, mittels derselben sich der Changanfärberei zu bemächtigen, die in Wolle und Kunstseide oder in natürlicher Seide mit Kunstseide vermergt, die wunderbarsten Wirkungen liefert, wovon nun auch die Praxis bereits umfangreichen Gebrauch zu machen anfängt. Selbst für Glühstrümpfe eignet sich das Material. Besondere Nachfrage herrscht nach Mohrhaarimitation und einem mit Zellulose überzogenen Garn für Haartücher, Möbel und Sitzbezüge. („Baumwollindustrie.“)

Fachgewerbliche Rundschau.

Wiederbelebung der Konjunktur? In Amerika soll sich das Geschäft schon wieder zu heben beginnen. Wenn davon auch noch nicht die Textilbetriebe betroffen werden, so braucht man doch wohl nicht zu bezweifeln, daß auch sie bald davon Nutzen ziehen werden. Mit der Erhebung der Geschäfte in Amerika steigen dort natürlich die Einnahmen der Arbeiter im allgemeinen und damit die der ganzen Konsumentenschaft. Das führt zur Erhöhung der Ausgaben für Verbrauchsartikel aller Art, wodurch auch die Aufnahmefähigkeit für fremdländische Waren in Amerika wächst. Davon würde wieder die gesamte nach Amerika ausführende Industrie profitieren und so mit der amerikanischen eine Wiederbelebung erfahren. Wir brauchen also, wie wir vor kurzem schrieben — wenn auch nicht an dieser Stelle — den Kopf nicht hängen zu lassen und die Hoffnung auf baldige Besserung unserer Beschäftigungsverhältnisse nicht aufzugeben. — Von der Ungunst der Verhältnisse sind, wie der „Confectionair“ schreibt, die Zutespinnereien verschont geblieben. Das Blatt schreibt:

„Die Braunschweiger Zutespinnerei schlägt bekanntlich 14 gegen 12 Proz. im Vorjahre vor, und die Zutespinnerei und Weberei in Cassel verdoppelt sogar ihre vorjährige Dividende, indem sie 16 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahre vorschlägt. Ein gleich günstiges Resultat ist bei der Berliner Zutespinnerei zu erwarten, deren Dividende auf 8 gegen 0 Proz. im Vorjahre geschätzt wird. Diese Prosperität verdankt die Industrie ihrem sehr gut geleiteten Kartell, das sie in dem Verein deutscher Zuteindustrieller besitzt.“

Natürlich verfallen die Zuteindustriellen nicht, die günstige Geschäftslage kapitalistisch zu verwerten. Der Verband deutscher Zuteindustrieller, G. m. b. H., Braunschweig, erhöhte sämtliche Gewebepreise um 1/2 Pf. pro Quadratmeter, alle Garne um 1,50 Mk. pro 100 Kilogramm.

Gefäß-Verbringen hat die billigsten Arbeitslöhne in der Textilindustrie. Im Vergleich zu den anderen Textilbezirken Deutschlands sind die Durchschnittsjahreslöhne in Gefäß-Verbringen sehr niedrig. Das niedrige Niveau der Löhne beruht aber keineswegs nur auf der Bemessung der Lohnsätze, sondern auch auf der Zusammensetzung der Arbeiterkraft. Wo mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, sind die Durch-

schnittsverdienste niedriger als in Bezirken mit mehr männlicher Arbeiterkraft. Nur allmählich sind die Löhne gestiegen; die Summe der Gesamtarbeitslöhne stellte sich 1906 auf 47,20, 1906 auf 48,08, 1907 endlich auf 49,28 Millionen Mark. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst pro Arbeiter stieg von 702,56 Mk. im Jahre 1905 auf 722,07 Mk. im folgenden und auf 745,93 Mk. im Jahre 1907. Von 1895 aus betrachtet, gestaltete sich die Bewegung des durchschnittlichen Jahreslohnes in Mark wie folgt:

1895	630,36	1903	699,22
1899	663,44	1904	699,24
1901	682,47	1905	702,56
1902	679,75	1907	745,93

In Zahlungsschwierigkeiten befindet sich die Firma Friedrich Cleff, Färberei, Barmen. Die Forderungen betragen 400 000 Mk. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich angestrebt. Der Betrieb wird fortgesetzt.

Betriebsbeschränkungen. Wie Tagesblätter berichten, verursacht flauer Geschäftsgang in der Apoldaer Wollwarenfabrikation fortgesetzte Arbeiterentlassungen. Es sollen auch mehrere Färbereibetriebe beschließen haben, wöchentlich einen Tag zu feiern. — Die Firma Pongä, Spinnerei- und Webereifabrikationsgesellschaft in Odenkirchen, die bisher schon in der Weberei nur fünf Tage wöchentlich arbeitete, führt die gleiche Betriebsbeschränkung auch für ihre Spinnerei ein.

Betriebsumstellung. Bei der Rotgarnfärberei Franz Schmied in Zwiskau i. B. wird in acht Tagen der Gesamtbetrieb gänzlich eingestellt. Allen daselbst Beschäftigten wurde bereits gefündigt.

Neue gesetzliche Bestimmung für die Verbraucher ostindischer Wolle. Im vorigen Juli fand eine Konferenz der Vertreter leitender Wollwarenfabrikanten und von Beamten des Ministeriums des Innern Englands statt, auf der einige von letzteren gemachte Vorschläge zur Verhütung der Mißbrandgefahr bei der Verarbeitung ostindischer Wolle erörtert wurden. Die Fabrikanten lehnten bei dieser Gelegenheit einige Vorschläge ab, während sie sich mit anderen einverstanden erklärten. Der Staatssekretär hat demgemäß eine Reihe von Bestimmungen erlassen. Diese enthalten unter anderem die Vorschrift, daß ostindische Wolle oder Ziegenhaar in be-

Bereits im Jahre 1896 hatte der große Textilarbeiterstreik eine eminente politische Bedeutung gehabt und hatte das Erscheinen des Gesetzes vom 2. Juni 1897 gezeitigt, welches den Frauen und Kindern eine verkürzte Arbeitszeit sicherstellte. Groß war auch die Teilnahme der Textilarbeiter an der Bewegung des 9. (22.) Januar 1905, die unter der Leitung des „Vater Gapon“ verliefen war. Warum wäre es ausgeschlossen, daß die Textilarbeiter auch dieses Mal durch ihren rein wirtschaftlichen Kampf einer weiter gehenden Bewegung den Anstoß geben und vielleicht gar einen politischen Generalstreik entfesseln würden!

So dachten einige Abgeordnete der Reichsdumafraktion. Es kam aber anders.

Die Konferenz in Moskau verlief im ganzen glücklich, nur zum Schluß wurden zwei der Teilnehmer, darunter einer der von Petersburg delegierten, verhaftet. Die Stimmung der Versammelten war ziemlich gemäßig. Es wurde zwar sehr viel von dem enormen Aufschwung der Textilindustrie gesprochen. Von allen Seiten wurden Mitteilungen gemacht über die Ausdehnung der Betriebe, die bald in der Form von Einföhrung doppelter Schichten, bald durch Erweiterung der Fabrikgebäude, Anschaffung neuer Maschinen und Vergrößerung der Arbeiterzahl in Erscheinung trat. Aber auch hier äußerten sich die meisten, daß — wenn die anderen beginnen, sie selbstverständlich auch mitmachen würden. Schließlich wurde der Beschluß gefaßt, daß die Arbeiter von Dschowo-Sujewo den Anfang machen und damit gleichsam ein Signal zum Generalstreik geben sollten.

Indes war die Reichsduma bereits aufgelöst, jedoch der erhoffte Massenprotest blieb aus — die Textilarbeiter regten sich vorläufig auch nicht.

Am 16. Juni wurde nach Petersburg die zweite Delegiertenversammlung einberufen, in welcher die nach Moskau entfallenden Genossen Bericht über die Konferenz erstatten mußten. Mittlen im Walde, in der Nähe von Petersburg (denn in Privatwohnungen sich zu versammeln, wäre viel gefährlicher gewesen) fand diese Delegiertenversammlung statt. Nach Erstattung des Berichts wurde über den Generalstreik diskutiert, und noch schlaffer und unsicherer, als auf der ersten Versammlung, ertönten die Reden. Bestimmt den Gedanken vom Streik fallen zu lassen — das war unumgänglich in Anbetracht der bereits gemachten Schritte; ihn lebhaft und mit Kraft zu proklamieren — dazu fehlte der Mut, dagegen sprach die Erfahrung, die Besonnenheit. Und wiederum wurde ein wenig überzeugender Beschluß gefaßt, „sich zum Streik zu rüsten und eine diesbezügliche Agitation zu entfalten“.

Am 18. Juni wurde der Verfasser dieser Zeilen hinter Schloß und Riegel gebracht und konnte nur einigermaßen den weiteren Verlauf der Dinge verfolgen. Aber es war auch nichts Bemerkenswertes zu beobachten. Erst nach langem Warten entschlossen sich die Arbeiter von Dschowo-Sujewo, in den Streik zu treten, aber er dauerte nicht lange und endete von selbst. Hier und da (auch in einigen Petersburger Fabriken) wurde darauf auch ein paar Tage gestreikt, aber das alles waren Teilstreiks, wie nach der Zahl der Betriebe, so auch nach der Zahl der an der Bewegung beteiligten Arbeiter. Weder gleichzeitig, noch planmäßig wurden die Streiks angetreten und ebenso erbärmlich fanden sie ihr Ende. Irgendwelche größeren Erfolge dieser im großen Maßstabe gedachten Bewegung lassen sich nicht verzeichnen.

Wie dem auch sei: der wesentlichste Grund eines solchen Mißlingens des Generalstreiks muß in der schwachen Organisierung der Arbeiterschaft der Textilindustrie gesucht werden. Aber die geschilderten Vorgänge lassen es noch einmal mit besonderer Schärfe erkennen, wie groß der Zusammenhang zwischen der politischen Konjunktur einerseits und dem wirtschaftlichen Kampf andererseits ist: hätte im Frühling 1907 der glückliche Atem der Reaktion nicht über dem ganzen Leben Rußlands geschwebt, hätte der Despotismus nicht wie ein Alp auf die Selbsttätigkeit aller Volksschichten und besonders des russischen Proletariats gedrückt, so hätten die russischen Textilarbeiter zurzeit einen vielleicht sehr bedeutenden Sieg und eine Verbesserung ihrer Lage zu verzeichnen.

W. L.

Fortsschritte der Wohnungshygiene.

Von Dr. med. W. Hanauer, Frankfurt a. M.

Die Luft in bewohnten Räumen wird bekanntlich ständig verschlechtert durch die Stoffwechselprodukte der Bewohner, der sich dort aufhaltenden Tiere und Pflanzen, durch die Heizung und Beleuchtung. Die vom Menschen ausgeatmete Luft ist wärmer, reicher an Feuchtigkeit und Kohlensäure als die Einatemungsluft. Dazu werden noch Gase durch die Hautausdünstung und die Magen-darmtätigkeit abgegeben und diese Produkte sind es, welche unter dem Sammelbegriff der „schlechten Luft“ zusammengefaßt werden. Während die Einatmung einer derartig schlechten Luft bei empfindlichen Menschen oft Uebelkeit, Erbrechen, Kopfschmerzen und selbst Ohnmachten hervorruft, wird sie von Menschen, die sich ständig in ihr aufhalten, gar nicht mehr empfunden; allerdings wehrt sich der Organismus instinktiv gegen die gesundheitlichen Nachteile einer derartigen Luftbeschaffenheit dadurch, daß er nicht tief atmet. Die Atmung bleibt nur oberflächlich, die Lunge wird infolgedessen nicht gelüftet und Blutarmut, Ertruflose und Tuberkulose stellen sich leicht bei Menschen ein, die gezwungen sind, chronisch in einer derartigen Atmosphäre zu atmen.

Zur Klärung der Frage, in welcher Weise verdorbene Luft auf den Organismus einwirkt, sind im Berliner Hygienischen In-

stitut von Dr. Wolpert Untersuchungen angestellt worden, welche zu interessanten Ergebnissen führten. Dieser Forscher ging bei seinen Betrachtungen davon aus, daß bei der Einatmung schlechter Luft die Kohlenäureproduktion und überhaupt der Stoffwechsel herabgesetzt sei. Er fand diese Wirkung bei Verschlechterung der Luft durch Lampengase und ebenso dann, wenn die Luft, welche die Versuchspersonen einatmeten, schon durch die Ausatemungsstoffe anderer Menschen verdorben war, letzteres am meisten, wenn Verhältnisse vorlagen, wie sie praktisch in den Wohnräumen vorkommen. Wolpert fand auch die namentlich in wirtschaftlicher Hinsicht bemerkenswerte Tatsache, daß durch eine erhebliche Luftverschlechterung im Räume eine Lampe allmählich bis 50 Proz. von ihrer Lichtmenge einbüßt. Im übrigen hält er den Zusammenhang zwischen verminderter Kohlenäureproduktion und herabgesetzter Luft und ein Sinken des Ernährungszustandes, wie sie bei dem Aufenthalt in geschlossenen Räumen nicht selten sind, für ziemlich naheliegend.

Daß man berechtigt ist, die Tuberkulose in erster Linie als eine Wohnungsfrage zu bezeichnen, dafür sprechen eine Reihe statistischer Ermittlungen. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die bedeutend geringere Tuberkulosesterblichkeit in London und in England überhaupt, trotz des Vorwiegens der Industrie daselbst, nur den dortigen günstigeren Wohnungsverhältnissen zuzuschreiben sei. Man wohnt dort nicht so gedrängt, vielmehr ist in England noch das Einfamilienhaus überwiegend.

Ich selbst habe zwei Stadtviertel in Frankfurt a. M. miteinander verglichen: die Altstadt und die nordöstliche Außenstadt. Beide sind vorwiegend von Arbeitern bewohnt, also Personen, die demselben sozialen Milieu angehören, dieselben Einkommensverhältnisse, dementsprechend auch dieselben Lebensverhältnisse aufweisen. Aber während die Tuberkulosesterblichkeit in der Altstadt eine sehr große ist, ist sie im Nordosten bedeutend geringer. Das erstere Viertel weist eben die schlechten Wohnverhältnisse auf: alte, finstere Häuser, enge, der Luft und des Lichtes entbehrende Gassen. In der nordöstlichen Außenstadt finden sich dagegen neue, den Anforderungen einer hygienischen Bauordnung entsprechend gebaute Häuser, große Höfe, Vorgärten, breite, helle Straßen. In Marburg a. Lahn fand sich nach Untersuchungen, die in der dortigen Poliklinik angestellt wurden, die Tuberkulose in den ärmeren Vierteln 25 mal häufiger als in den besser situierten Familien. Man fand bei den Untersuchungen der Wohnungen der ärmeren Klassen, daß es tatsächlich gewisse Tuberkulosehäuser gibt, denn 59,2 Proz. aller Erkrankungen an Schwindsucht entfielen auf 33,6 Proz. der von dieser Klasse bewohnten Häuser. Meist waren diese Häuser unreinlich und die Wohnungen unsauber.

Der Kampf gegen die Tuberkulose kann unter diesen Umständen an der Regulierung der Wohnungsfrage nicht vorbeigehen, und es fragt sich, in welcher Weise dies geschehen soll. Wir haben gesehen, daß die schlechte Luft in den Wohnungen den Stoffwechsel der Bewohner herabsetzt und damit die Empfänglichkeit für ansteckende Krankheiten erhöht. Sorge für ausreichende Ventilation und gute Luft in den Wohnungen wird daher auch die Disposition der Bewohner für Tuberkulose vermindern. Es muß ferner verhütet werden, daß beim Husten und durch den Auswurf Tuberkelbazillen in die Luft der bewohnten Räume gelangen. Das Ausatmen auf den Boden ist auf das strengste zu verbieten und beim Husten ein Taschentuch vorzuhalten. Der Ansteckungsgefahr wegen sollten bei beschränkten Wohnungsverhältnissen die Erkrankten am besten immer ins Krankenhaus verbracht werden. Ist dies nicht möglich, dann sollen die Schwindsüchtigen in ihren Wohnungen aufgesucht werden, um die von ihnen ausgehenden Ansteckungsstoffe unschädlich zu machen. Hier hat vor allem eine geeignete Beleuchtung einzugehen, weiter kommt die Isolierung der Erkrankten von ihren Angehörigen in Betracht, sowie die Desinfektion der Wohnungen mittelst Formalindämpfe. Letztere ist notwendig beim Wohnungswechsel des Kranken, wenn derselbe in ein Hospital gebracht wird oder gestorben ist. Um die Desinfektion zu erleichtern, müßte dieselbe im weitesten Umfange unentgeltlich von der Gemeinde gestellt werden. Am weitesten ist man bisher in der Wohnungsfürsorge für Schwindsüchtige in Halle a. S. gegangen. Der dortige Zweigverein zur Bekämpfung der Schwindsucht gewährt, wenn die Wohnung des Schwindsüchtigen nicht ausreicht, um ihm ein Zimmer allein zur Verfügung zu stellen, entweder die Mittel, ein geeignetes Zimmer hinzuzumieten oder eine passende neue Wohnung zu entsprechend höherem Preise beim nächsten Umzugstermine zu nehmen.

Eine andere Erscheinung, die man in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der Wohnungsfrage eifrig studiert hat, ist die Kindersterblichkeit. Daß diese in schlecht gelüfteten, namentlich zu heißen Wohnungen sehr groß ist, ist eine längst bekannte Tatsache. Durch die Hitze verdirbt die Milch sehr rasch, die Säuglinge erkranken alsdann an Magenkatarrhen und gehen massenhaft zugrunde. Namentlich in den Dachwohnungen kann man diese Erscheinung in großer Häufigkeit beobachten. Professor Braunlich in Graz schreibt hierbei der Wohnung einen größeren Einfluß zu als der Ernährung. Er schließt dies daraus, daß trotz der großen Ummälzung, welche die Säuglingsernährung in den letzten zwanzig Jahren erfahren hat, in Graz die Kindersterblichkeit nicht abgenommen habe; was man auch an einer Reihe anderer Städte beobachten konnte. In Brünne war trotz überwiegender Brustnahrung die Kindersterblichkeit nicht herabgegangen.

Was die Feuchtigkeit in den Wohnungen anbelangt, so unterliegt es keinem Zweifel, daß Krankheitszustände infolge derselben eintreten können; es wird die Wärmeökonomie des Körpers ge-

führt, indem die feuchten Wände als gute Wärmeleiter fungieren und dem Organismus Wärme entziehen. Luftröhrenkatarrhe, Rheumatismus und Nierenentzündungen können die Folge sein. Außerdem erzeugt die Feuchtigkeit Schimmelbildung, welche Nahrungsmittel, Kleider und sonstige Gebrauchsgegenstände beschädigt. Die Ursache der Feuchtigkeit einer Wohnung ist schwer zu ermitteln, es scheint beinahe, daß der Mieter durch ungewöhnliche Benutzung der Wohnung sehr oft ebenso die Schuld an der Feuchtigkeit trägt, wie der Hausbesitzer. Prof. Gruber, der Direktor des hygienischen Instituts in München, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß auch die Wäsche und gewisse gewerbliche Einrichtungen mit viel Wasserdampfentwicklung in den Wohnungen zu verhalten seien. Auch sollen unsere Hausfrauen beim Aufwaschen des Bodens nicht gar zu verschwenderisch mit dem Wasser umgehen. Denn wenn der Boden nicht fugendicht ist, so dringt das Wasser in denselben ein und fann hier die Zwischendecken ständig feucht halten. Endlich sollten im Winter die Wohnzimmer, auch die nichtbenutzten, von Zeit zu Zeit einmal durchgeheizt werden, weil sonst im Frühjahr, wenn die warme und mit Feuchtigkeit gesättigte Luft eindringt, die Wände leicht feucht werden.

Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen.

Der Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich hielt vom 9. bis 12. August in Braunschweig seine 15. Jahresversammlung ab. Aus dem gedruckten Geschäftsbericht, der noch mündlich ergänzt wurde, war als besonders interessant zu entnehmen, daß nach statistischem Ausweis die freie Arztwahl mit den Interessen der Krankenkassen unvereinbar ist.

Prof. Dr. Franke-Berlin sprach über: „Gewerbekrankheit und Betriebsunfall.“ Folgende Leitsätze wurden angenommen: „Gewerbekrankheit und Betriebsunfall sind Folgen der Betriebsaktivität der Arbeiter und in der Versicherungsgesetzgebung einheitlich zu behandeln.“

Gewerbekrankheit und Betriebsunfall müssen durch gründliche Durchführung und umsichtigen Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung prophylaktisch bekämpft werden. In ersterer Hinsicht ist namentlich die Heranziehung von Ärzten und Vertrauensmännern der Arbeiterschaft zur Gewerbeaufsicht notwendig, in der zweiten Richtung liegt die Verkürzung der Arbeitszeit, das Verbot der Verwendung entbehrlicher Gifstoffe und gefährlicher Arbeitsprozesse.

Bei der Unternehmung des Betriebsunfalls und der Festsetzung der Entschädigung ist die obligatorische Zuziehung von Arbeitervertretern und Ärzten zu fordern. Die erste Instanz für die Entscheidung soll ebenso wie das Schiedsgericht der Arbeiterversicherung paritätisch besetzt sein und als lokale Rentenstelle fungieren. Hierzu haben Berufsgenossenschaft und Krankenkasse Beisitzer zu entsenden. Die Unfallversicherung wird erst dann ihre Wirkung voll entfalten, wenn sie die Arbeiterschaft zur Mitwirkung heranzieht.“

Zur Verhältnismahl bei den Krankenkassen begründete Pollender-Leipzig folgende Leitsätze, die auch Annahme fanden:

„Das System der Verhältnismahl ist das gerechteste und deshalb seine allgemeine Einführung durch zwingende gesetzliche Bestimmungen anzustreben, da die Verhältnismahl unter der heutigen Fassung des Krankenversicherungsgesetzes als unzulässig angesehen wird, weil bei ihr nicht diejenige Freiheit und Geheimheit der Wahl besteht, die § 37 Abs. 3 des Gesetzes gewährleistet. Das preussische Oberverwaltungsgericht erblickt in der für die Verhältnismahl notwendigen Aufstellung der Kandidatenlisten und deren Einreichung an die Wahl leitende Stelle eine unzulässige Beschränkung der Wahlfreiheit, weil wenigstens eine Anzahl von Wahlberechtigten von vornherein gezwungen ist, durch Aufstellung, Unterzeichnung und Einreichung einer Vorschlagsliste öffentlich zu bekunden, wen sie wählen wollen und damit wenigstens für sich auf die Geheimheit der Wahl zu verzichten. Danach hat die Einführung der Verhältnismahl bei den Krankenkassen eine Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes zur Voraussetzung.“

Ein Antrag: „Die dem Zentralvorstand angeschlossenen Kassen sind verpflichtet, Vorsorge zu treffen, daß in ihren Arztverträgen die Bestimmungen enthalten sein bzw. aufgenommen werden soll, wonach die nach § 57a des Krankenversicherungsgesetzes die einer anderen Kasse überwiesenen Kranken in bezug auf die Berechnung des Arzthonorars wie die eigenen Mitglieder der betr. Kasse behandelt werden.“ wurde angenommen.

Uhlmann-Leipzig empfahl einen Antrag auf Abfindung einer Petition an den Reichstag auf Abänderung des § 8 Ziffer 10 der Postordnung in dem Sinne, daß genau so wie die Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten auch die Ortskrankenkassen das Recht haben, bei bestimmten Sendungen (Drucksachen, Geschäftspapiere) Vorrechte, die eine Portomäßigung bedeuten, für sich in Anspruch zu nehmen. Da solche Wünsche vom Reichspostamt abgelehnt worden sind, beschloß man im Sinne des Antrages.

Riemann-Chemnitz sprach über „Polikliniken und deren Vorteile.“ Er schilderte besonders die Einrichtungen der Ortskrankenkasse Chemnitz, die zirka 60 000 Mitglieder hat, und bei der sich die Poliklinik seit 18 Jahren aufs beste bewährt hat. Die Kasse hat im eigenen Geschäftsgebäude ärztliche Beratungsanstalten, in denen täglich mehrere Ärzte anwesend sind, Zahnkliniken, Badeeinrichtungen usw. Die Poliklinik wurde jährlich

Wirtschaftliche Rundschau.

Börsenhoffnungen — Jahresabschluss von Bochumer Gußstahl — Ausweis des amerikanischen Stahltruzes — Der deutsche Eisenmarkt — Allgemeines.

Man glaubte in letzter Zeit, verschiedene Anzeichen des wirtschaftlichen Wiederauflebens beobachtet zu haben, und besonders die Börse machte sich das zunutze. Gerade die Dividendenwerte, also die eigentlichen Industrieindizes, erfreuten sich in den letzten vierzehn Tagen mancher, gar nicht unansehnlicher Kursteigerungen. So notierten, nur um ein paar Beispiele herauszugreifen, am 24. Juli und am 8. August: Laurahütte 204,30 und 215,50, Bochumer Gußstahl 213,90 und 220, Rheinische Stahlwerke 163,90 und 173,60, Gelsenkirchen 188,75 und 193,50, Garpner 196,50 und 200,00, Deutsch-lugemburgischer Bergwerks- und Hüttenverein 148,80 und 160,25, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft 210,60 und 214,80. Aber die Näherbeteiligten fühlen wohl selber das künstlich Gemachte einer solchen Aufwärtsbewegung; auch die Börsenrundschauer fügen ihren optimistischen Schilderungen misgütig hinzu, daß „der Umfang des Geschäftes, von Ausnahmen abgesehen, andauernd viel zu wünschenswert“ ist. Die „gute Grundstimmung“ beschränkt sich offenbar immer nur auf kleine und kleinste Kreise des Spekulantentums und der Großfinanz, die gern wieder etwas Wind in die Segel bekommen möchte.

Eine Animergelegenheit bot unter anderem der Jahresabschluss (Juli 1907 bis Juni 1908) des Bochumer Vereins für Bergbau- und Gußstahlfabrikation. Trotz des Umschwungs der Konjunktur weist das Unternehmen, das seit 1899/1900 unverändert mit 25,2 Millionen Mark Aktienkapital arbeitet, einen Bruttoüberschuß von zirka 6,1 Millionen Mark auf und übertrifft damit sogar noch das ausgezeichnete gute Vorjahr 1906/07 (6 043 882 Mark Bruttoüberschuß). Wenn trotzdem die Dividende etwas niedriger ausfällt (15 gegen 16 1/2 Proz. im Vorjahre), so liegt das einmal daran, daß man diesmal 140 000 Mk. mehr für Abschreibungen eingestellt hat, ferner daran, daß 330 000 Mk. Emissionskosten für die letzten aufgenommenen Anleihe von 10 Millionen Mark zu bestreiten waren. Im großen und ganzen ist die Lage des Unternehmens sicherlich eine ungewöhnlich gesunde; wie der Generaldirektor Baare in der Generalversammlung vom April bemerkte, hat man in den Jahren 1906/08 und 1908/07 für Betriebsverweite-

Technisches Prüfungsamt für die gesamte Textilindustrie. Auf Betreibung des Syndikates der elbschisch-olotbringischen Industriellen errichtet die Handelskammer in Wülhausen genanntes Institut und stellt die Räumlichkeiten zur Verfügung. Das Syndikat soll die Organisation übernehmen, doch unterliegt die Anstellung der Beamten der Bestätigung durch die Kammer. Das Syndikat hat Alfred Schön mit der Einrichtung betraut, als Vorstand des Amtes den man den beidseitigen Mäcker M. J. Antony zu nehmen. Bei der Prüfung der Garne und Gewebe wird es sich um Feststellung der Zahl der Fäden, Dichte der Gewebe, ihre Länge, Breite, Elastizität, Widerstandskraft usw. handeln. Um gerichtliche Beanstandungen möglichst zu vermeiden, wird das Amt im Auftrage der Handelskammer arbeiten, so daß seine Feststellungen als die von Sachverständigen angesehen werden können. Die Kosten der Einrichtung wird das Syndikat tragen. Als Honorar für die Prüfung von Garnen sollen 5 bis 6 Mk., für die von Geweben 4,50 bis 6 Mk. gefordert werden.

Die Verwendung natürlicher Farbstoffe in der Türkei nimmt, nach einer Notiz der „Chem.-Ztg.“, angeblich wieder zu, da die türkischen Färbereien mit den Teerfarbstoffen, sowohl mit Alizarin wie mit Anilin, hinsichtlich der Haltbarkeit schlechte Erfahrungen gemacht haben (?) (wahrscheinlich nur infolge von Unkenntnis der zweckmäßigen Anwendung der künstlichen Farbstoffe; die zahlreichen Färber loser Wolle für Teppiche arbeiten ja in denkbar kleinstem Maßstabe und in primitivster Weise, wie früher schon geschildert); so wurden allein nach Konstantinopel im letzten Jahre wieder 60 Tons Cochenille eingeführt. Die gesamten Teppichwebereien des Distrikts Smyrna, die alle ihre Wolle selbst färben, haben sich zu einem Syndikat mit einem Kapital von 400 000 Pfund Sterling zusammengeschlossen.

Fabrikerrichtungen, Erweiterungen, Verlegungen usw. Berlin. Hier hat die mechanische Orleansweberei Dagobert Gehr ihren Betrieb nach Girsfeld bei Pittau verlegt. — Greiz. Die Färberei- und Appreturfirma C. G. Zahn wird ihren Betrieb erheblich erweitern und eine neue Anlage für Lichtfärberei und Appretur errichten. — Pinnerberg. Zur Erzeugung von Kunstwolle hat sich hier eine Gesellschaft gegründet. — Gröba. Die schon seit längerer Zeit geplante Erbauung einer Fabrik für Baumwollspinnerei soll demnächst zur Ausführung kommen. Die „Baumwollspinnerei Riefa, Aktiengesellschaft in

Leipzig“, beabsichtigt noch im laufenden Jahre mit den Fabrikneubauten beginnen zu können, so daß die Inbetriebnahme der Spinnerei etwa im Sommer kommenden Jahres erfolgen könnte. — Mühlhausen i. G. Die Firma Ch. Thomas u. Co. hat ihr Mülhauer Fabrikneubau beträchtlich erweitert und fabriziert neben ihrem Hauptartikel — Kämme für Spinnereien und dergleichen — nunmehr auch alle sonstigen Erzeugnisse für Spinnereien und Webereien. Ferner hat das Unternehmen die während vielen Jahren unter der Firma Ch. Thomas in Gebweiler i. G. betriebene Fabrik als Zweigfabrik neu eingerichtet, um darin, wie früher, als Spezialität die Herstellung von Druckzylinder, Leberhülzen und das Bededen von Druckzylindern in großem Maßstabe zu betreiben.

Brände. In Schoeningen (Braunschweig) ist die mechanische Weberei J. C. Danzfuß vollständig niedergebrannt. — In Ponta Dinossa (Italien) entstand infolge Blitzschlags in der Baumwollwarenfabrik Colonificio-Bergamasco eine Feuerbrunst, welche ein Drittel der Fabrik samt den Maschinen einäscherte.

Explosion in einer Spinnerei. In der Cliff Spinning Mill in Preston (England) zerbrach vor kurzem ein den Dampfessel mit dem Separator verbindendes Rohr, wodurch der Separator völlig zerstört wurde. Glücklicherweise wurde niemand verletzt. Die Spinnerei, welche zirka 300 Arbeiter beschäftigt, mußte zunächst ihren Betrieb einstellen.

Das 75 000. Stück Tuch ist in der Tuchfabrik von Wilhelm Heine, Spremberg, fertiggestellt worden. Fachschulen. In Crimmitschau (Sa.) ist der Web- und Appreturschule die diesjährige staatliche Unterstützung von 4000 auf 5000 Mk. erhöht worden. Außerdem ist der Schule für dieses Jahr auf ihr Ansuchen eine außerordentliche Unterstützung von 2000 Mk. zur Anschaffung von Lehrmitteln bewilligt worden. — In Glauchau (Sachsen) beginnt die König Friedrich August-Schule, Abteilung Höhere Webeschule, mit ihren Halbjahrskursen für Fabrikleiter, Musterzeichner und Werkmeister am 1. November cr. das Wintersemester in theoretischer und praktischer Ausbildung. — In Meztane (Sachsen) haben die Stadtverordneten beschlossen, den Beitrag der Stadt für die Web- und Handeschule für dieses Jahr von 4000 auf 5000 Mk. zu erhöhen. Es geschah in Anbetracht dessen, daß die Stadt Reichenbach für ihre Webeschule jährlich 8000 Mk., Glauchau sogar 20 000 Mk. aufwendet.

von zirka 50 000 Mitgliedern besucht. Davon waren zirka 10 000 erwachsenjährig. Für die erwachsenjährigen Mitglieder besitzt die Kasse die freie Arztwahl. Neben empfangen solche Polikliniken, die sehr vorteilhaft seien. Demgegenüber wies aber ein anderer Neben darauf hin, daß es nach einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts den Kassen in Preußen unterliegt sei, Polikliniken zu unterhalten.

Die nächstjährige Versammlung soll in Bremen stattfinden.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

(Wochenbericht.)

Ueber die Situation im Erzgebirge berichten wir in einem besonderen Artikel.

Ueber die Bewegung der Spitzenweber bei Landmann u. Helbing in Bwida u ist nichts Neues zu berichten.

Ausland.

Oesterreich. Da die in der Brünnner Kammgarnspinnerei in den Ausstand getretenen Spinner und Andreeher trotz der Auforderung der Organisation der Wollindustriellen Mährens bis zum 13. August die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, beschloß die Arbeitgeberorganisation nach erfolglos gebliebenen Verhandlungen mit der Arbeiterschaft, die angekündigte Aussperrung sämtlicher Arbeiter vom 22. August ab durchzuführen. Die Aussperrung wird 42 Fabriken umfassen. Der Kassa der Unternehmer, der am Sonnabend, den 8. August, in sämtlichen Textilbetrieben Brünns angeschlagen wurde, hatte folgenden Wortlaut:

„An unsere Arbeiterschaft!

Donnerstag, den 23. Juli, haben die Spinner und Andreeher der Brünnner Kammgarnspinnerei die Arbeit ohne Kündigung verlassen. Als Grund wurde die Entlassung eines Arbeiters angegeben, der wegen fehlerhafter Arbeit in den letzten Wochen zu wiederholten Malen verwahrt und auch bestraft worden war und dem von der Fabrikleitung nur deshalb gekündigt wurde, weil er seine Pflichten fortgesetzt vernachlässigte und erklärte, eine bessere Arbeit nicht leisten zu können. Die Spinner und Andreeher der Kammgarnspinnerei haben sich durch das unbefugte Verlassen der Arbeit einer Verletzung der Arbeitsordnung schuldig gemacht. Mit Rücksicht auf den Ausstand der Spinner und Andreeher hat die Kammgarnspinnerei den Betrieb der Vorspinnerei mit 1. August, den Betrieb in allen übrigen Abteilungen mit 8. August einstellen müssen. Es handelt sich hier neuerlich um einen prinzipiellen Fall, in dem auf Geheiß einiger unverantwortlicher Personen die Arbeit in einzelnen Unternehmungen willkürlich lahmgelegt wird. Die gefertigten solidarischen Fabriken sind nicht gewillt, sich ein derartiges Vorgehen gefallen zu lassen. Falls die Arbeit in der Brünnner Kammgarnspinnerei nicht bis längstens Donnerstag, den 13. August, in vollem Umfange in Ruhe und Ordnung wieder aufgenommen wird, werden zufolge eines bindenden Beschlusses die unterzeichneten Unternehmungen allen ihren Arbeitern am Freitag den 14. August bezw. Samstag den 15. August mit der Wirkung auf Samstag den 22. August 1908 kündigen. Wir hoffen, daß es dem Einfluß der ruhigdenkenden Arbeiterschaft, die gewiß die Ueberzahl bildet, gelingen wird, die Gefahr einer allgemeinen Aussperrung zu vermeiden. Brünn, 8. August 1908. — L. Kupitz, Enkel, Bauer u. Orntlein, Bauer u. Platisek, Brück u. Engelsmann, Brück u. Ruffo, C. Dittmar, Vereinigte Färbereianstaltengesellschaft, C. Feldhändler u. Co., Aktiengesellschaft der österreichischen Filzfabriken, Moritz Fuhmann, C. F. Graupner, D. Hecht, Em. F. Hecht, Brüder Zelinet, Louis Solzer, Fidor Hegner u. Co., Brünnner Kammgarnspinnerei, Max Kohn, Julius Kuhn, Otto Kuhn u. Co., Adolf Kürschner, Anton u. Jakob Löw Beers Söhne, Wof. Löw Beer, Eduard S. Müller, Paul Neumark, Odrzbaner Spinnerei Eduard Ernst Spler, Joh. Feinr. Oeffermann, Friedrich Medlich, Brüder Samek, Mor. Fr. Schiller, Adolf Schmal, Gebrüder Schöeller, Adolf Selb, Albert Stöckel Nachfolger Gideon Jassell, Heinrich Suchy, Brüder Swoboda, Jos. Teuber u. Söhne, Adolf Weinberger, Weiß u. Hannak, F. L. priv. Wollwarenindustriegesellschaft, Aktiengesellschaft für Wollindustrie, Himmelreich u. Zwidner.“

Der Brünnner „Volksfreund“ unterbreitet in seiner Nr. 65 vom 14. August der Staatsanwaltschaft den Sachverhalt und meint: Nach der Entscheidung des Kassationshofes vom 12. März 1906, 3. 19 784, ist

„Eigentum im Sinne des § 98 b des Strafgesetzes der Inbegriff alles dessen, was jedem zugehört, es umfasst die gesamten ihm zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Güter und die Arbeiter betreffend jonaeh die ihnen eröffnete Arbeitsgelegenheit und Arbeitsmöglichkeit.“

Nach einer weiteren Entscheidung des Kassationshofes vom 27. Februar 1886, 3. 14 548, ist es nicht von Belang,

„ob und inwiefern der Täter befugt ist, das angedrohte Uebel auch wirklich in Vollzug zu setzen, vielmehr genügt es, daß ihm auf die zu erzwingende Leistung kein Recht zusteht.“

Damit ist wohl hinlänglich erwiesen, daß die an früherer Stelle erwähnte, an die Adresse der Arbeiter gerichtete Kundmachung unter die Strafbestimmungen des § 98, lit. b, des Strafgesetzes fällt.

somit als Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch Erpressung zu qualifizieren ist.

Der „Volksfreund“ fordert die Staatsanwaltschaft auf, gegen diese Geheißverletzung einzuschreiten.

Dänemark. Achtung, Posamentierer! Der Zug nach Kopenhagen, Aarhus, Odense ist wegen Lohnbewegung streng zu vermeiden. Die in Frage kommenden Firmen werden jedenfalls versuchen, Gehilfen im Auslande anzuwerben.

Also Vorsicht!
England. Eine wichtige Streitfrage ist kürzlich in Hyde beigelegt worden, und zwar so, daß die in Frage kommenden Weber recht zufrieden damit sein können. Es handelte sich dabei um die Weberei von Ashton Brothors und bezog sich auf die Anzahl von „Northrop-Webstühlen“, die von einem Weber zu bedienen wären und auf den dafür zu zahlenden Lohn. Für die Bedienung von 20 dieser Webstühle verlangte die Webereigewerkschaft einen Wochenlohn von 33—35 Mt., doch wollten die Fabrikanten nicht mehr als 31 Mt. zahlen. Die Arbeiter erklärten dann den Ausstand, der 13 Wochen dauerte. Der Lohnstreit wurde offiziell beigelegt und die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 7½ Proz. in bezug auf die 36 Zoll- und 20 Proz. für die 64 Zollwebstühle zugebilligt worden war. Der Hauptvorteil, den sie dabei erlangt haben, ist, daß nun die Löhne auf eine bestimmte Höhe per Webstuhl (7,7 Pf. pro 20 000 Schuß) festgesetzt sind und daß keine Lohnerreduktion eintritt, falls die Weber sich dazu bereit erklären, noch mehr Webstühle zu bedienen. Aus diesem Grunde wird es für die Zukunft den Fabrikanten keinen Vorteil bringen, zu versuchen, die Arbeiter zur Bedienung einer unverhältnißmäßig großen Anzahl Webstühle zu zwingen. In Anbetracht der Tatsache, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Northrop-Webstühle immer mehr in allgemeine Aufnahme kommen, ist diese Entscheidung von großer Wichtigkeit für die Mitglieder der Webereigewerkschaft.

Schweiz. Aussperrung der Sticker in Arbora. Seit 15 Wochen sind die Arbeiter der Stickerei von Heine u. Co. auf die Straße gestellt. Am 26. März wollte Heine seinen Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 12 bis 20 Proz. auferlegen, was von den Arbeitern einstimmig zurückgewiesen wurde. Heute können wir konstatieren, daß es Heine auf die Vernichtung der Gewerkschaft abgesehen hat. Er hat die Maske abgeworfen und erklärt, daß er mit der Organisation der Arbeiter nichts mehr zu tun haben will. Er will, daß die Arbeiter nur auf ihn hören und der Gewerkschaft den Rücken kehren. Wie in den ersten Tagen der Aussperrung, stehen die Arbeiter und Arbeiterinnen unentwegt und treu zu ihrer Organisation und weisen die Zumutungen Heines zurück. Auch wie in den ersten Tagen ruhen die 350 Stichtmaschinen, keine Streikbrecher sind bei den Stickern zu verzeichnen, dank der Solidarität der Arbeiterschaft. Bis jetzt hat sich ja überall ein erfreuliches Bestreben befunden, den Aussperrten solidarisch zur Seite zu stehen, es dürfte noch lange anhalten.

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. Deutsches Reich.

Der Zimmererverband begeht am 19. August sein 25jähriges Jubiläum. Seit 1883 hat sich der Verband von 19 Zahlstellen und 2232 Mitgliedern auf 717 Zahlstellen mit 52 852 Mitgliedern im 1. Quartal dieses Jahres entwickelt. Der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Verbandes ist eine 16 Seiten starke Nummer des „Zimmerer“ gewidmet, deren Titelseite ein zu weiterer Werbung ermutigendes Gedicht schmückt, dessen erste Strophe lautet: Das Banner hoch, mit frischem Grün umlaubt, Die Hand empor und fröhlich hoch das Haupt! In heitrem Feierton durchklingt's das Land: Ein Vierteljahrhundert lebt der Verband! Ein Vierteljahrhundert, da Wort und Tat Zu einem Willen uns vereint hat. Der Jahre fünf und zwanzig, die uns zeigen: Wir steigen!

Wir wünschen dem Zimmererverband, daß er unablässig höher steige.

Die Nieter im Stettiner „Vulkan“ haben nun doch nachgegeben. Nachdem die Verbandsleiter erklärt hatten, daß sie als Streikbrecher nicht angesehen werden könnten, wenn sie die Arbeit wieder aufnehmen, da es für den Verband keinen Streik gebe, indem sich das Verhalten der Nieter zu guter Letzt als Angriffstreik charakterisierte, für den sie von der Verbandsleitung nicht die nach dem Statut erforderliche Genehmigung hätten, ließ die Kriegsstimmung nach. Es wurde ganz richtig geltend gemacht, daß sich unter den gegebenen Umständen in der nächsten Woche doch genug Arbeitswillige auf dem „Vulkan“ einfänden würden, wodurch die Organisation leicht zersplittert werden könne. Bei der schließlich vorgenommenen Abstimmung erklärte sich die überwältigende Majorität für die Beilegung des Streiks. Die Arbeit sollte am Montag früh wieder aufgenommen werden. Gleich nach Schluß der Versammlung begab sich die Nieterkommission zur Direktion des „Vulkan“, wo in Gegenwart der drei Direktoren ein Protokoll aufgenommen wurde des Inhalts, daß die Direktion, sobald die Nieter am Montag die Arbeit auf dem „Vulkan“ wieder aufnehmen,

unverzüglich die Gruppe deutscher Seeschiffswerften hierbon verständige und ferner dafür Sorge, daß die Vereinigung der Stettiner Eisenindustriellen die Aussperrungen rückgängig mache. Außerdem wurde auf besonderen Wunsch der Nieterkommission in das Protokoll aufgenommen, daß Maßnahmen nicht stattfinden. — Der Inhalt des Protokolls wurde von der Direktion noch im Laufe des Sonnabends durch Maueranschlag bekannt gegeben.

Ausland.

Dänemark. Buchdruckerstreik und -Aussperrung. In den Zeitungsdruckereien streiken Buchdrucker, Lithographen und Steinbrucker. Daraufhin hat die dänische Arbeitgebervereinigung eine Aussperrung der Buchdrucker verfügt. Diese wird dem „Vorwärts“ von dessen dänischen Korrespondenten als die größte Dummheit bezeichnet, die jene Arbeitgebervereinigung jemals begangen habe. Er schreibt:

„... Diese nun in der Zeit der Wirtschaftskrise wieder außerordentlich kampflustige Unternehmerorganisation lebte wohl in der törichtsten Hoffnung, daß die Zeitungsleser und -Drucker ruhig zusehen würden, wie ihre Kollegen vom Buchgewerbe aufs Pflaster geworfen wurden, weil einige hundert Lithographen und Steinbrucker streikten. Aber wie alle anderen Arbeiter Dänemarks, so stehen auch die Typographen solidarisch im Kampfe. Die Zeitungsherausgeber, die es für zweckmäßig ansahen, der allgemeinen „Arbeitervereinigung“ beizutreten, sind außer Stande gesetzt, ihre Blätter drucken zu lassen. Die sozialdemokratische Presse beherrscht den Markt. Nur eines ihrer Blätter, „Lolland-Falsters Socialdemokrat“, das in einer Privatdruckerei hergestellt wird, ist von dem Streik mit betroffen; die Abonnenten erhalten jedoch als Ersatz Kopenhagens „Socialdemokraten“ zugestellt. Dem Unternehmer fehlt es an der Presse, die seine Gewaltmaßregeln mit den üblichen Schwindereien zu verteidigen sucht. Die wenigen bürgerlichen Blätter, die noch erscheinen können, weil ihre Herausgeber und Druckereiprinzipale nicht der Arbeitgebervereinigung angehören, beurteilen mehr oder minder scharf die Aussperrungsmaßregeln. So erklärt es das „Kristeligt Dagblad“ für „ganz vernunftwidrig, daß Hunderte von Prinzipalen und Tausende von Arbeitern zur Untätigkeit mit ihren nur Unglück bringenden physischen und moralischen Folgen gezwungen werden sollen, lediglich weil z. B. einige Arbeiter nicht nach Verlauf von zwei Jahren eine um eine Stunde kürzere Arbeitszeit erhalten können.“ Ebenso äußert sich die radikale Provinzpresse dahin, daß die Arbeitgebervereinigung und die Zeitungsherausgeber allein die Schuld tragen an der gegenwärtigen Situation. Dagegen suchte das große radikale Organ „Politikens“, solange es noch in der einen oder anderen Weise erscheinen konnte, die Öffentlichkeit irrezuführen. Dieses Blatt hatte bei Ausbruch des Streiks mit der Malmöer Zeitung „Skaanske Ustomblaed“ einen Vertrag geschlossen, wonach die letzte Seite mit „Politikens“ dänischen Nachrichten bedruckt in Dänemark verbreitet werden sollte. Das gelang aber nur einmal, den nächsten Tag weigerte sich das Druckereipersonal im Einverständnis mit dem Schwedischen Typographenverband einstimmig, das Blatt in dieser Form und in größeren Auflagen als bisher fertigzustellen. Der Herausgeber mußte sich fügen, hat allerdings die Sache der „Allgemeinen schwedischen Buchdruckervereinigung“ berichtet, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß diese Prinzipalsorganisation Gegenmaßnahmen veranlaßt. In Kopenhagen versuchten die Zeitungsverleger gemeinsam kleine Blättchen herauszugeben, gesetzt und gedruckt von Streikbrechern aus den Reihen der Kleinmeister im Buchdruckgewerbe. So haben verschiedene große Zeitungen ein gemeinsames Blättchen „Presse“ („Die Presse“) hergestellt, aber nun beschlossen die Zeitungsträgerinnen, die Bestellung an die Abonnenten abzulehnen, aus Solidarität mit den Aussperrten und Streikenden. Die große 150 Jahre alte „Berlingske Tidende“ ist dieser Tage in der Größe eines halben Bogens Briefpapier herausgekommen, einseitig beschrieb mit der Schreibmaschine. Die Presseausstellung, die demnachst in Kopenhagen stattfindet, wird durch den Streik mit allerlei dergleichen Kuriositäten bereichert werden.“

Vorausichtlich werden durch Vermittlung des Ministeriums des Innern die Kämpfe schon beigelegt sein, wenn dieses Blatt in die Hände unserer Leser gelangt. — Nach den neuesten Meldungen ist schon bei Schluß der Redaktion der Konflikt beigelegt.

Schweden. Die Arbeiter von 21 der Vereinigung schwedischer Schuhfabrikanen angehörenden Schuhwarenfabriken, die sich über das ganze Land verteilen, sind wegen Lohnstreitigkeiten in den Ausstand getreten. Der Streik umfaßt etwa 3 000 Arbeiter.

Soziales.

Kinderausbeutung in Indien. Schon oft ist die Ausbeutung der Kinderarbeit in den indischen Fabriken Gegenstand heftiger Anfragen im englischen Parlament gewesen. Der Staatssekretär für Indien, Lord Morley, fühlte sich deshalb veranlaßt, vor zwei Jahren eine sogenannte Royal-Kommission einzusetzen, die die Arbeitsverhältnisse in den indischen Fabriken untersuchen sollte. Die unter Sir Hamilton-Freer-Smith arbeitende Kommission schlug die Einführung einer gesetzlichen Maximalarbeitszeit von zwölf Stunden für die Erwachsenen vor. Diese „Reform“ wurde von den anglo-indischen Fabrikanten auf das heftigste bekämpft, da Beschränkungen, die in England angebracht, in Indien nicht möglich wären. Und der Bericht der Kommission wurde angefochten, weil die Fabrikanten darin nicht vertreten gewesen seien.

rungen nicht weniger als 10¼ Millionen Mt. aus den tausenden Einnahmen angewendet, während man ebenjogut Anleihen oder die Ausgabe neuer Aktien hätte zu Hilfe nehmen können. Aber bei näherem Zusehen gewahrt man doch manchen ungünstigeren Zug. Die Abschreibungen angefahts der jetzigen und der noch kommenden Verhältnisse nur um 140 000 Mt. höher anzusehen wie im Gipfeljahr des Aufschwunges, ist bescheiden genug. Ferner betrachte man das folgende Bild der letzten Jahresabschlüsse:

	Bruttoüberschuß	Abschreibungen	Dividende
1907/1908	ca. 6 100 000	1 330 000	15
1906/1907	6 043 882	1 186 681	16 2/3
1905/1906	5 498 724	1 122 773	15
1904/1905	4 673 341	1 131 787	12
1903/1904	4 458 916	1 140 259	10
1902/1903	3 644 427	1 589 953	7
1901/1902	3 684 424	1 579 291	7
1900/1901	6 345 006	2 036 893	13 1/3
1899/1900	6 267 841	1 681 159	16 2/3

Wie war es danach bei der letzten Krise, die für die Allgemeinheit etwa gegen Ende 1900 einsetzte, während der Anfang des Jahres 1900 noch den Höchstpunkt der guten Zeit darstellte? Auch damals war das nächstfolgende Geschäftsjahr Juli 1900 bis Juni 1901 für den Bochumer Verein noch immer vorzüglich geblieben, genau wie heute. Offenbar trat man auch damals in die erste Krisenperiode noch mit ungünstigen Auftragsbeständen ein und der Preisdruck wurde erst allmählich fühlbar. Aber um so heftiger fiel das nächste und übernächste Jahr dagegen ab: der Bruttoüberschuß verminderte sich von über 6¼ Millionen Mark auf wenig über und dann sogar auf unter 3¼ Millionen Mark, die Dividende von 13¼ Proz. auf 7 und abermals 7 Proz. Der Rückschlag kam also auch damals nicht sofort, aber er kam dafür nach der Wartezeit um so empfindlicher. Sollte es diesmal anders sein? Ermutigend, wie die Börseninteressenten es beurteilen, wäre das freilich nicht.

Ferner spielte der Quartaalsausweis des amerikanischen Stahltrustes eine gewisse Rolle bei den Ermutigungsversuchen. Zugabe ist hierbei, daß von der Rückkehr normaler Verhältnisse in Amerika unendlich viel für Europa abhängt; weiter mag in den Vereinigten Staaten, noch mehr wie bei uns, die Lage der Eisen-

und Stahlproduktion den besten Gradmesser für das durchschnittliche Wirtschaftsleben bieten. Aber ist der Ausweis des Trustes wirklich so eindrucksvoll? Er ist lediglich für das zweite Quartal 1908, nicht mehr ganz so schlecht wie für das erste Vierteljahr; das heißt, die Monate der grenzenlosen Panik sind überstanden. Ist man bereits derart genugsam geworden, daß man deswegen in lauten Jubel ausbrechen möchte? Der Nettobetriebsgewinn betrug nämlich am ersten Quartal 1908 18,23 Millionen Dollar, im zweiten Quartal 20,27 Millionen Dollar. Im Dezember und ebenso im Januar war der Gewinn bis auf wenig über 5 Millionen Dollar zurückgefallen, im Juni war er immerhin wieder mit fast 7½ Millionen Dollar zu verzeichnen. Aber wenn man aus der lähmenden Panik heraus ist, die in echt amerikanischer Weise im Dezember und Januar nur 25 Proz. der Produktionsfähigkeit auszunutzen antrieb, ist man deshalb aus der Krise selber schon heraus, oder sieht man wenigstens die dauernde Wende zum Besseren vor sich? Im ersten Quartal 1907 betrug der Nettogewinn über 39,12 Millionen Dollar, im zweiten Quartal 1907 über 45,5 Millionen Dollar, also beide Male mehr als das Doppelte der gleichen Perioden von 1908! Der Auftragsbestand, der am allerehesten zu Schlussfolgerungen für die nächste Zukunft berechtigt, war noch niemals so niedrig wie am Ende des vermeintlich so günstigen zweiten Quartals 1908; er stellte sich nämlich in folgenden Ziffern dar:

Ende Juni 1908	3 314 000 Tonnen
„ März 1908	3 765 000 „
„ Dezember 1907	4 624 000 „
„ September 1907	6 425 000 „
„ Juni 1907	7 608 000 „
„ März 1907	8 043 000 „
„ Dezember 1906	8 439 000 „

Ganz ähnlich lauten die Ziffern für die gesamte Roheisenproduktion der Vereinigten Staaten. Hier war die niedrigste Monatsziffer im Januar und Februar mit noch nicht 1,05 und mit 1,08 Millionen Tonnen erreicht, während im Juli immerhin fast 1,22 Millionen Tonnen erzeugt wurden. Aber im Juli 1907 waren es über 2,25 Millionen Tonnen! Und Januar bis Juli zusammengeordnet, steht 1908 mit 7,97 Millionen Tonnen gegen 1907 mit 15,48 Millionen Tonnen: gegen nahezu das Doppelte!

Ein wirklich kräftiger Anstoß zum Besseren könnte allenfalls von einer reichen Getreide- und Baumwollenernte kommen; aber neuerdings wird gerade die Getreideernte wieder geringer, als erwartet, bargestellt.

So stehen denn auch die Berichte vom deutschen Eisenmarkt sehr im Gegensatz zu den Urteilen, die sich an den Bochumer Jahresabschluss knüpfen. Ueberall erschallen die Klagen, daß nur für den dringenden Bedarf gekauft wird, während die Aufträge für später ausbleiben. Die Halbzeugpreise hat man zwar herabgesetzt, aber — lesen wir in der „Vossischen Zeitung“ — „der einmal brachliegende Bedarf kann selbst durch den Anreiz niedriger Preise nicht sonderlich gehoben werden, wenn eben das tatsächliche Bedürfnis nach Material fehlt“. Die noch immer schwache Bautätigkeit spiegelt sich im leblosen Formenmarkt wider. Die Roheisenborrate sollen rapid anschwellen; „es gibt keine Hochofenwerke, die nicht einmal 25 Proz. ihrer Erzeugung unterzubringen vermögen“. Die Siegerländer Eisenerzgruben haben die Förder einschränkung von 20 auf 50 Proz. erhöht; manche Gruben sind ganz stillgelegt. Für das vierte Quartal hat man den Spateisenpreis nochmals, von 165 auf 155 Mt., erniedrigt; man bezeichne es jedoch schon im voraus als fraglich, ob dadurch der Bedarf wesentlich sich heben wird. Für den Winnetaback soll noch dazu die Konkurrenz des ostfranzösischen Bedens die Lage verschlimmern.

Damit möchten wir nicht zur Schwarzseherei verleiten. Die für die Reichstatistik berichtenden Arbeitsnachweise wollen z. B. für den Monat Juni eine gewisse Besserung der Arbeitsverhältnisse, obwohl mehr aus vorübergehenden Ursachen, festgestellt haben. Aber von einer durchschnittlichen Wiederbelebung ist sicherlich nicht zu reden. Wenn man bedenkt, daß die letzte Krise, die im Herbst 1900 für die meisten Industrien begann, das ganze Jahr 1901 hindurch dauerte und sich vertiefte, und daß selbst das Jahr 1902 noch bis weit in den Sommer hinein nur die kümmerlichsten Anzeichen der Besserung bot, so wird man diesmal erst recht nicht auf rascheste Umkehr rechnen können, da zum mindesten in Amerika diesmal der Zusammenbruch viel schwerer war, während für Europa die Verhältnisse von damals und heute ungefähr gleich stehen mögen. Krisen brauchen keine Katastrophen zu sein, aber wie Krankheiten brauchen sie ihre Zeit bis zur Wiedergesundung.

Berlin, 9. August 1908. Mag Schippel.

Es kam zur Einsetzung einer zweiten Kommission unter der Leitung eines Verwaltungsbeamten von Bombay, worin auch die Unternehmer stark vertreten waren. Auch diese Kommission hat jetzt ihre Arbeiten beendet und ihren Bericht herausgegeben. Die englische Presse bringt zum Teil umfangreiche Auszüge aus demselben. Danach gehen die Feststellungen der Mehrheit dahin: 1. Die bestehenden Gesetze und Verordnungen werden zum großen Teil umgangen. 2. Schwere Mißstände existieren in den Baumwollfabriken im Allgemeinen, insbesondere aber in den Jutefabriken in Bengalen, wo eine große Zahl Kinder unter 9 Jahren beschäftigt werden und solche unter 14 Jahren als Vollarbeiter tätig sind. 3. Die gesetzliche Begrenzung der Arbeitszeit für Erwachsene ist nicht anzuwenden. Dagegen wird die Formierung einer Klasse der Jugendlichen von 14—17 Jahren empfohlen, deren Arbeitszeit auf täglich 12 Stunden (!) festgesetzt werden soll. Kinder sollen anstatt 7 in Zukunft nur 6 Stunden pro Tag beschäftigt werden dürfen. Einige Tatsachen aus dem Bericht lassen auf große Mißstände schließen. In der Mehrzahl der Bombay-Baumwollfabriken dauert der Arbeitstag 13—13½ Stunden, in den bengalischen Jutefabriken 15½—16 Stunden. In mehreren Provinzen werden die Kinder in den Fabriken entgegen den gesetzlichen Bestimmungen 10—14 Stunden pro Tag beschäftigt. Es wurden von der Kommission Fälle festgestellt, wo Kinder 7 Stunden hintereinander ohne jegliche Pause tätig sein mußten. In Baumwollspinnereien, in denen bei elektrischem Licht gearbeitet wird, fand man Kinder unter 9 Jahren bis nach 8 Uhr abends beschäftigt.

Es sind dieselben Erscheinungen, wie sie anfangs des 19. Jahrhunderts zutage traten. Damals, als die englischen Kapitalisten noch durch keinerlei Organisation der Arbeiter, und nur durch geringe Anlässe einer Fabrikgesetzgebung (die nur auf dem Papier stand) in ihrer Ausbeutungsfreiheit beschränkt wurden, wendeten auch sie mit Vorliebe Kinderarbeit an und widersetzten sich jeder, auch der geringsten Reform, die zugunsten der Arbeiter eingeführt werden sollte.

Gegen die Kinderarbeit. Kürzlich ist in England ein spezielles Komitee von dem Präsidenten des Unterrichtsministeriums eingesetzt worden, um sich genau über die Kinderarbeit (halbe übliche Arbeitszeit) in den verschiedenen Industrien zu orientieren. Folgende sind die Aufgaben dieses Komitees: 1. Erkundigungen einzuziehen und einen Bericht einzuliefern, in welcher Ausdehnung die bestehenden Paragraphen bezüglich teilweiser Befreiung vom pflichtgemäßen Schulunterricht man sich zunutze macht in den englischen und gallischen Stadt- und Landbezirken, ferner, wie die in Frage kommenden Kinder beschäftigt sind sowie von welchem Einfluß diese Beschäftigung auf die allgemeine Erziehung und die gewerbliche Ausbildung der Kinder ist. 2. In Erwägung zu ziehen die praktischen Folgen einer auf Beschränkung oder Beseitigung der Halbzeitarbeit gerichteten Gesetzgebung und die sich aus ihr für die Erziehung und die Ausgaben ergebenden Folgen. 3. Darüber zu berichten, ob und in welcher Ausdehnung es in Anbetracht dieser Erwägungen wünschenswert ist, ein höheres Alter für die Kinder vorzuschreiben, die vom teilweisen Schulbesuch in den Elementarschulen befreit werden können oder ob das Minimalalter für gänzliche Befreiung höher zu setzen und gleichzeitig Erleichterungen in bezug auf teilweise Befreiung zu gewähren sind. Die Kollegen Allen Gee und Joseph Croft, die beide Delegierte auf dem Wiener Textilarbeiterkongress waren, sind dem Komitee als Vertreter der Textilarbeiter zugezogen worden. Die Folge der Untersuchungen wird aller Wahrscheinlichkeit nach eine Erhöhung der Altersgrenze für die Zulässigkeit der Kinderbeschäftigung oder gar die gänzliche Beseitigung dieses Kinderarbeitssystems sein.

Arbeiterlöhne im Textilgewerbe. Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ (begründet von Professor Dr. Jaitrow, Herausgeber Richard Calver) schreibt:

Im Vergleich zu den anderen Textilbezirken Deutschlands sind die Durchschnittsjahreslöhne in Elsaß-Lothringen sehr niedrig. Freilich noch viel tiefer stehen sie in Schlesien. Das niedrige Niveau der Löhne beruht aber keineswegs nur auf der Bemessung der Lohnsätze, sondern auch auf der Zusammensetzung der Arbeiterkraft. Wo mehr weibliche Arbeitskräfte beschäftigt werden, sind die Durchschnittsverdienste niedriger als in Bezirken mit mehr männlicher Arbeiterkraft. Die elsäß-lothringischen Textilbetriebe beschäftigen aber nicht nur viele Arbeiterinnen, sondern, was noch besonders ins Gewicht fällt, zahlreiche Ausländerinnen, meist Frauen und Mädchen aus Italien. So erklärt sich zum Teil wenigstens das Niveau der Textilarbeiterlöhne im Vergleich zu anderen Bezirken. Insgesamt waren in den berufsgenossenschaftlich organisierten Betrieben des Textilgewerbes von Elsaß-Lothringen 66 060 Arbeiter im Jahre 1907 tätig, gegen 66 588 im Jahre 1906 und 67 133 im Jahre 1905. Es hat demnach eine merkliche Abnahme der Beschäftigten während der letzten beiden Jahre stattgefunden. Die Lohnsummen waren dagegen von Jahr zu Jahr steigend: die Summe der Gesamtarbeitslöhne stellte sich 1905 auf 47,20, 1906 auf 48,08, 1907 endlich auf 49,28 Millionen Mark. Der durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst pro Arbeiter stieg von 702,56 Mk. im Jahre 1905 auf 722,07 Mk. im folgenden und auf 745,93 Mk. im Jahre 1907. Von 1895 aus betrachtet gestaltete sich die Bewegung des durchschnittlichen Jahreslohnes in Mark wie folgt:

1895	630,36	1903	699,22
1899	663,44	1904	699,24
1901	682,47	1905	702,56
1902	679,75	1907	745,93

Wenn es in den letzten Jahren gelungen ist, die arbeitslosen Pöhne der Textilarbeiter wenigstens etwas zu erhöhen, so ist das lediglich den Bemühungen der Organisation zuzuschreiben. Im übrigen scheint uns die Voraussetzung Calvers, wonach zahlreiche italienische Frauen und Mädchen in unserer Textilindustrie beschäftigt sein sollen, etwas übertrieben zu sein. Aber auch wenn sie zuträfe, wäre sie keine Entschuldigung für die erbärmlichen Lohnverhältnisse unserer Textilflaven.

Aus Handel und Industrie.

Das englische Maß (Yard) dürfte weiter in Geltung bleiben. Trotzdem die neue Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 das metrische System unterschiedslos einführt, wird der Bundesrat, wie es scheint, einem Drängen aus den Kreisen der Baumwollindustrie und des Baumwollhandels nachgeben und für den Verkehr mit dem Auslande wenigstens das englische Maß weiter zulassen.

Es wird darüber offiziös bekannt gemacht: „Von einer Absicht, die Anwendung englischer Maße im Handel mit Baumwollgarnen zu verbieten, ist in Bundesratskreisen nichts bekannt. Der Kleinhandel mit Garnen ist durch Verordnung von 1900 fest geregelt und bedarf keiner Neuordnung. Im Großhandel und bei der Rollabfertigung sind die englischen Maße durchweg in Geltung, und dieser Zustand soll, wie wir bestimmt hören, bei den Ausfuhrbestimmungen zur neuen Maß- und Gewichtsordnung im Interesse auch der deutschen Industrie aufrechterhalten werden.“

Bevorstehende Preiserhöhung der österreichischen Seidenfärbereien. Die österreichischen Seidenfärbereien halten in den nächsten Tagen beim Bund österreichischer Industrieller eine Versammlung ab, um über eine Erhöhung der Färbelöhne vom 1. September ab zu beraten. Als Ursache der geplanten Preissteigerung werden von Seiten der Färberei hauptsächlich die kürzlich den Arbeitern nach Beendigung der Aussperrung bewilligten Lohnerhöhungen und die Verkürzung der Arbeitszeit in den Betrieben bezeichnet.

Der internationale Kongress der Handelskammern und der kaufmännischen und industriellen Vereine, der 1905 in Lüttich und 1906 in Mailand seine erste und zweite Tagung abhielt, wird zum drittenmal in der Zeit vom 5. bis zum 10. September 1908 in Prag tagen.

Preiserhöhung des Roheisensyndikats. Die „Kölnische Zeitung“ meldet: Infolge der vom Roheisensyndikat Düsseldorf vorgenommenen Preiserhöhung von 4 Mk. für die Tonne Roheisen hat die Hauptversammlung des Vereins für den Verkauf von Siegerländer Roheisen G. m. b. H. in Siegen beschloffen, vom 1. Juli ab innerhalb des Vereins die Verrechnungspreise für sämtliche Roheisenforten um denselben Betrag zu ermäßigen.

Vermischtes.

Auf dem Verbandstage der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands gab der Vorsitzende, Litfin, einen Bericht, nach welchem sich die Geschäfte des Verbandes durch dessen Entwicklung außerordentlich vermehrt haben, so daß es in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, alle Aufgaben in zufriedenstellender Weise zu lösen. Litfin ging auf alle Ereignisse ein, die sich im Verbandsleben des letzten Jahres abgespielt haben und bat, an der Tätigkeit des Vorstandes wohlwollende Kritik zu üben. In der Diskussion wurde allgemein anerkannt, daß der Vorstand bemüht war, allen Anforderungen in bezug auf Agitation nachzukommen. Man müsse jedoch daran denken, einen besoldeten Geschäftsführer anzustellen. Es wurde gewünscht, daß die Ausgaben für Agitation und die Beiträge, die für die Partei gezahlt wurden, gesondert aufgeführt werden. Mit Genugtuung wurde begrüßt, daß sich ein besseres Verhältnis herausbilde. Wenn es zur Partei in vielen Fällen nicht so gut sei, so läge das an der irtümlichen Auffassung mancher Parteigenossen, daß die freien Gastwirte nur aus geschäftlichen Gründen die Partei unterstützen wollen. Die Kollegen sollten bemüht sein, auf ein gutes Verhältnis mit der Partei und den Gewerkschaften hinzuwirken. Zu diesem Punkt wurde die Anstellung eines Geschäftsführers besprochen. Ferner wurde der Hauptvorstand beauftragt, mit der Generalkommission der Gewerkschaften eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten, um die Anerkennung der Wirteorganisation zu bewerkstelligen. Der Vorstand wurde aufgefordert, dahin zu arbeiten, daß die Gastwirteorganisation der Generalkommission angeschlossen wird, damit sich die Zahlstellen den örtlichen Kartellen angliedern können. Dies sei deshalb notwendig, damit nicht der Gastwirteverband als Unternehmerrorganisation betrachtet werde.

Angeklagte Saalbankrotts durch die Sozialdemokratie werden jetzt von den sächsischen Behörden mit besonderem Eifer und großer Schärfe verfolgt. Die paar Verbesserungen, die das neue Reichsversammlungsgesetz brachte, sollen offenbar dadurch für die Arbeiterkraft wirkungslos gemacht werden, daß ihr die Erlangung von Versammlungsorten unmöglich gemacht oder doch wesentlich erschwert wird. Bei der Verhängung von Höchststrafen gegen verurteilte Wahlkassierer scheint die Amtshauptmannschaft Chemnitz jede Konkurrenz aus dem Felde schlagen zu wollen. Weil das „Erdgericht“ in Thalheim, das den Arbeitern für Versammlungen nicht zur Verfügung steht, sehr schlechten Besuch aufweist, wurde angenommen, daselbe sei boykottiert. Kürzlich wurde in Thalheim ein Flugblatt verteilt, in dem behauptet wurde, der Boykott über das „Erdgericht“ sei aufgehoben. Sowie konnte sofort festgestellt werden, daß die Verfasserin sich nach wie vor weigerte, ihren Saal für sozialdemokratische Versammlungen herzugeben. Davon wurde in einem Flugblatt der Arbeiterkraft von Thalheim Mitteilung gemacht. Von einem Gendarm will nun die Amtshauptmannschaft Chemnitz bezogen lassen, daß die Verbreitung dieses Flugblattes, das eine Boykottklärung enthalten soll, von dem Gauleiter der Textilarbeiter, Albin Reichelt, veranlaßt worden ist. Die Amtshauptmannschaft will deshalb Reichelt gehörig beim Geldbeutel packen. Sie mutet ihm zu, 100 Mk. Geldstrafe zu bezahlen, für die eventuell 10 Tage Haft abzusetzen sind. Wohl um diese Strafverfügung noch etwas angenehmer erscheinen zu lassen, mutet die hohe Behörde Reichelt zu, auch noch 6 Mk. Gebühr dafür zu zahlen, daß ihm die Strafverfügung besichert worden ist. Es geht doch nichts über die eigenartige Gemütsart sächsischer Behörden. Nur ganz verstoßte Staatsanwälte vermögen ein so fürsorgliches Walten nicht richtig zu würdigen. Dazu gehört Genosse Reichelt, der um so mehr von der gütig zugestandenem Ermächtigung, gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, Gebrauch machen will, als er begierig ist, zu erfahren, wie man dazu kam, gerade ihn als den Herausgeber des Boykottflugblattes anzufassen. Gleich dem Kollegen Reichelt soll auch Kollege Pöforn in Thalheim wegen des gleichen Delikts 100 Mk. Strafe zahlen.

Haemafolade. Der Polizeipräsident von Hannover veröffentlichte in der Lokalpresse nachstehende Warnung: Unter dem Namen „Haemafolade“ wird mit großer Heftigkeit ein katastrophisches Pulver in den Handel gebracht, dem besondere gesundheitsfördernde Eigenschaften innewohnen sollen. Tatsächlich besteht Haemafolade aus 60 Proz. Zuder, 10 Proz. Kartoffelmehl, 25 bis 30 Proz. Kakao, 2 Proz. Haemoglobin, 1,4 Proz. Kochsalz, und kann hierdurch als „blutbildende Kraftnahrung“ nicht bezeichnet werden. Der Preis von 2 Mark für ein Pfund ist ein unverhältnismäßig hoher.

Die Aufhebung in den Städten ist von großem Einfluß auf die Sonnenscheindauer, denn der durch den Auf entstehende Nebel nimmt den Städtebewohnern das Sonnenlicht. So haben der Norden und die nördlichen Vororte Berlins weniger Sonnenscheinstunden als z. B. Potsdam, aber auch, wenn sie durchdringt, hat die „Stadtsonne“ weniger Strahlungskraft. Wenn wir nur bei Deutschland bleiben, so fand Esmarck in Göttingen im Jahre 1906 nur 36 Sonnenscheinstunden, und ¼ der Tagesstunden waren als sehr dunkel zu bezeichnen; fogar im Juli mußte das noch von ¼ gesagt werden. Man muß aber nicht glauben, daß die Luft Berlins am meisten verschmutzt ist, wieweil die Verhältnisse dort sehr schlecht liegen, denn die Filtration von rund 2000 Metern Luft genügt, um eine mäßige Schwärzung des Papiers herbeizuführen. In Dresden steht es mit der Verunreinigung viel ungünstiger, denn hier sind schon 100 Liter (?) zu diesem Zweck ausreichend. In dieser Stadt sind auch nach einem Sammelreferat von Dr. Rißkalt in der Vierteljahrschrift für gerichtliche Medizin Untersuchungen über den Ursprung des Rußes angestellt, aus denen hervorborgt, daß im Sommer weniger Ruß vorhanden als im Winter vorhanden sind, daß aber die Sonne und Werkzeuge nur einen geringen Unterschied machen, und am Morgen wurde am meisten gefunden. Es sind also nicht nur die Fabrikfabriksteine, die die Luft verschlechtern — denn am Sonntag ruht die Industrie meist —, sondern vielmehr die Hausfeuerungen, denn im Winter z. B. ist die Ofenheizung morgens am intensivsten. Deshalb heize und koche mit Gas — wer es hat.

Berichte aus Fachreisen.

Nachen. In letzter Zeit haben wir unsere Mitglieder bereits darauf hingewiesen, daß mit dem 1. Oktober die Beitragssteigerung in Kraft tritt. Wir erwarten, daß dieselben schon jetzt zu einer höheren Klasse übertreten werden. Wer die instruktiven Artikel in Nr. 30 und 31 des „Textilarbeiter“ gelesen hat, der weiß auch, daß unserer von da an auch noch andere Aufgaben harren. Für uns alle heißt es, die Tage bis dahin zur Agitation auszunützen; wenn wir unsere gesamte Kraft einsehen, muß es uns möglich sein, nicht nur einen Mitgliedererwerb zu verheßen, sondern noch neue Mitglieder hinzuzugewinnen. Vom Gauvorstand wird im Laufe der kommenden Woche ein Flugblatt herausgegeben werden. Wir wünschen, daß dieses Flugblatt von unseren Mitgliedern zur Agitation unter den Indifferenten ausgiebig benutzt wird. Die Kollegen in den einzelnen Betrieben, die Bezirke- und Unterkassierer, die Fabrikvertrauensleute, sie alle müssen miteinander weiterfeiern, in ihrem Betrieb, Bezirk und Revier das möglichste in der Ge-

winnung neuer Mitstreiter für unsere Organisation zu leisten. Auch muß unter den Frauen und Mädchen viel mehr an Agitation und Werbung getan werden. Noch eine sehr große Schar weiblicher Industriearbeiter steht der Organisation fremd gegenüber, und gewiß ist noch manche davon für uns zu gewinnen. Es muß unser aller heiligstes Bestreben sein, den Christlichen mehr und mehr das Feld freitig zu machen. Zuerst müssen unsere Funktionäre und Mitglieder sich mal allen Ernstes daran geben, ihre eigenen Frauen und Töchter für unsere Bewegung zu interessieren und zu gewinnen. Wenn dies erreicht ist, müssen die Frauen zur selbständigen Agitationsarbeit unter ihren Geschlechtsgenossinnen erzo-gen werden.

Bei der demnächst eintreffenden Haus- und Fabrikagitation muß jeder seinen Mann stellen. Lassen wir es so an der nötigen Botschaft nicht fehlen, so wird der Erfolg einer solchen Arbeit ein schöner sein. Verlasse und berufe sich keiner auf den anderen, sondern tue jeder seine Pflicht. Nur dem gebührt die Freiheit und das Leben, der täglich sie erkämpfen muß. Kollegen, es gilt, die jeglichen Mitglieder der Organisation zu erhalten und immer neue hinzuzugewinnen.

Freiburg i. Br. (Achtung, Postamentierer!) Wir ersuchen die Kollegen in ihrem eigenen Interesse, sich bei Verschreibung an die Firma R. Würth, Freiburg i. Br., vorher bei uns genau zu erkundigen. Anfragen sind zu richten an A. Fischer, Freiburg i. Br., Belforterstr. 6 II.

Hamburg. Für die Arbeiterschaft der Treibriemenfabrik von Konrad Scholz in Barmbeck fand vor kurzem eine Betriebsbesprechung statt. In dem Betriebe bestehen Einrichtungen, die man heute in keinem Betriebe, vor allem in keiner Großstadt wie Hamburg, finden sollte. So ist in diesem Betriebe ein Prämiensystem eingeführt. Es besteht darin, daß, wer täglich zur richtigen Zeit an seiner Arbeitsstelle erscheint, 1 Mk. Prämie erhält. Verläßt ein Arbeiter vor Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit, so wird die Prämie nicht ausgezahlt. Für den länger als fünf Jahre im Betriebe tätig ist, wird eine Lebensversicherung zum Abschluß gebracht. Arbeiter sind in der Regel mit 2000 Mk., Werkführer und sonstige Angestellte mit 2000—10 000 Mk. versichert. Wer länger als 25 Jahre im Betriebe tätig ist, erhält die Versicherungssumme ausgezahlt, auch wenn kein Sterbefall vorliegt. Welche wirtschaftlichen Nachteile aus solchen Einrichtungen dem Arbeiter entstehen können, ist schon oft in diesem Blatte dargelegt worden. Das zeigen auch schon die Löhne. Man zahlt jungen Leuten, vor allem Mädchen, einen Anfangslohn von 10—12 Mk., bis man sie in das Akkordverhältnis hineingewängt hat, in dem sie 15—16 Mk. verdienen können. Einzelne Männer erreichen bis zu 26 Mk. Lohn in der Woche; doch ist dies kein hoher Lohn bei den teuren Lebensverhältnissen Hamburgs. Sie werden sich mit ihm aber weiter bescheiden müssen, wenn sie sich nicht bald dem Deutschen Textilarbeiterverbande anschließen, denn ohne Zuhilfenahme solchen Mittels werden sie unter den obwaltenden Verhältnissen kaum Lohnzulagen erreichen.

Pulsnis. Bei der Firma S. G. Hauße hier, ruht seit einer Reihe von Wochen jeden Mittwoch der mechanische Betrieb vollständig. Das ist ja nun in der gegenwärtigen Zeit der Krise an und für sich nichts neues, wird doch bei fast sämtlichen größeren Firmen hier schon seit langer Zeit mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet; doch die Art und Weise, wie man hierbei den Wünschen der Arbeiter Rechnung trug, verdient der Öffentlichkeit bekannt zu werden. Als sich die Firma zur Einschränkung ihres Betriebes veranlaßt sah, ließ sie die Weber auf den einzelnen Sälen besetzen, welches von zwei Hebeln ihnen das liebere sei, nämlich: Schlaf des Betriebes täglich um 4 Uhr, oder einen ganzen Tag Arbeitsruhe in der Woche. Die Arbeiter waren, von einem kleinen Teil abgesehen, dem es gleichgültig war, sämtlich dafür, daß der Betrieb einen ganzen Tag ruhe und zwar wünschten sie, daß der Montag hierzu ausersehen würde. Was aber tat die Firma? — Sie gab durch Anschlag bekannt, daß künftig der Betrieb um 4 Uhr stehen bleibe. Da die Arbeiter nicht verstehen konnten, warum man sie erst nach ihrer Meinung fragte, um dann hinterher das Entgegengesetzte ihres Wunsches anzuordnen, wurden sie vorstellig. Die Firma sah auch ein, daß es für die Arbeiter vorteilhafter sei, wenn der Betrieb einen ganzen Tag ruhe anstatt daß täglich um 1½ Stunde zeitiger geschlossen würde. Sie schob aber alle Schuld auf die Kesselfeiger, die gleichzeitig die Stelle der Maschinenführer vertreten und die da meinten, daß, wenn der Betrieb zwei Tage hintereinander ruhe, sie dann ganz bedeutend mehr Kohlen brauchten, um die Maschinen wieder in betriebsfähigen Zustand zu versetzen, als wenn derselbe nur einen Tag stillstehe. Nach einer neueren Rücksprache der Firma mit ihren Kesselfeigern wurde nun die vorhergegangene Anordnung widerrufen und festgesetzt, daß künftig jeden Mittwoch der mechanische Betrieb stillzustehen habe. Die Firma setzte also, entgegen den Wünschen ihrer Arbeiter, einen Feiertag mitten in die Woche hinein. Man sieht, die wenigen Kohlen, die die Firma mehr verbraucht haben würde, waren für sie ausschlaggebend, ließ sie die Wünsche ihrer Arbeiter vollständig ignorieren. Bei dieser Firma besteht auch noch das schon ganz veraltete Nummernsystem, das selbstverständlich mit einem ganz ausgewachsenen Straffsystem verbunden ist. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin erhält eine Nummer. Diese ist beim Betreten des Betriebes von einem Brett, das hinter dem Eingangstor aufgehängt ist, zu nehmen und beim Verlassen dort wieder hinzuhängen. Damit nun die Kontrolle recht wirksam gehandhabt und — fast möchte man sagen, recht einbringlich wird —, ist eigens zu diesem Zweck ein Portier angestellt. Dieser hat das Ein- und Auspassieren der Arbeiter zu überwachen und — selbstverständlich — zu spätes Ein- und zu zeitiges Auspassieren zu notieren. Uebrigens besteht bei dieser Firma auch noch die Einrichtung, daß die Arbeiter erst die Erlaubnis zum Verlassen des Betriebes während der Frühstücks- und Vesperpausen einholen müssen. Auch eine Einrichtung, die einer soliden Firma alle Ehre macht. In ihren Angestellten findet sie meist recht willige Handlanger, die es an Eifer wahrlich nicht fehlen lassen, um ihr bei der strikten Durchführung derartiger Maßnahmen behülflich zu sein. Bisher war das Straffsystem immer so gehandhabt worden, daß nach fünf Minuten nach dem Schläge freigegeben waren, damit sich die verschiedenen Zeitangaben etwas ausgleichen könnten, und nur wer 6—15 Minuten später kam, mußte 10 Pf. Strafe zahlen. Wer noch später einpaffierte, dem konnte und wurde unter Umständen auch noch mehr aberlangt. Da hat nun plötzlich die Firma — es war gerade nach den Pfingstfeiertagen — entdeckt, daß die Arbeiter meist erst nach dem Schläge innerhalb der freigegebenen 5 Minuten zur Arbeit kamen. Flugs erschien ein Anschlag an der schwarzen Tafel folgenden Inhalts: Die Arbeit beginnt Punkt 6 und Punkt 1 Uhr. Die Arbeiter haben mit dem Schläge da zu sein und nicht erst 5 Minuten nachher. Das Fabrikator wird jetzt dieser Zeit gleich nach dem Schläge geschlossen; dem, der nur eine Minute zu spät kommt, wird dafür ein Grobchen Strafe abgezogen. Dieses scharfe Straffsystem bringt die Firma in demselben Momente gegen ihre Arbeiter zur Anwendung, wo sie sich außerstande erklärt, genug Arbeit für sie beschaffen zu können und sich daher veranlaßt sieht, den Betrieb um einen vollen Tag einzuschränken. Kann es eine schroffere Herausforderung der Arbeiter geben? Es ist doch unnötige Härte, die Arbeiter wegen Zuspätkommens von einer oder zwei Minuten zu strafen, wenn man sie wegen Mangel an Arbeit einen Tag wöchentlich feiern lassen muß. Glaubt denn die Firma, den Arbeitern alles bieten zu können? Zu verwundern wäre das nicht. Muß nicht ein Unternehmer geradezu zu einer derartigen Ansicht gelangen, wenn die Arbeiter nichts vernünftigeres zu tun wissen, als ihm zum Gedächtnis des hundertjährigen Bestehens der Firma ein ziemlich kostspieliges Geschenk zu stiften, um vollends kurz darauf bei einem Jubiläum eines der Inhaber betreffender Firma das nämliche zu wiederholen? Recht bitter mag es wohl beim zweiten Fall für manchen

der Spender gewesen sein, sich sagen lassen zu müssen, daß die Geschenke der Arbeiter unerwünscht seien und man sich für die Zukunft dieselben verbat. Was braucht sich auch ein Unternehmer den seinen Arbeitern etwas schenken zu lassen; ihm genügt der ihm erarbeitete Mehrwert. Die Firma wird aber auch wohl glauben, daß es für die Arbeiter etwas bedeutet, wenn sie bei der fünfjährigen Arbeitszeit noch wöchentlich einige Groschen für ein paar Minuten Zuspätkommen draufgehen lassen müssen. Es ist doch ganz ausgeschlossen, daß Arbeiter, die eine halbe Stunde und noch weiter bis zur Arbeitsstelle haben, die Zeit immer so abzurufen vermögen, daß sie nicht auch einmal ein paar Minuten zu spät kommen. Offenbar sieht dies die Firma, die sich bisher bei den Arbeitern immer im guten Ansehen zu halten wußte, bald ein und richtet sich danach. Ihren Arbeitern und Arbeiterinnen, die bisher noch immer versäumt haben, sich unserem Verband anzuschließen, möchten wir raten, es nun endlich zu tun, denn sie sehen ja nun, wie nützlich ihnen der Verband eventuell sein könnte.

Roth a. S. Am 9. August fand hier im „Gasthof zum Hirschen“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Als Referent war Kollege Schrader-Stuttgart erschienen, welcher das Thema: „Die Wirkungen der Krise“ als Hauptfrage behandelte. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in 1 1/2 stündigem Vortrage in trefflicher Weise, so daß derselbe von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen wurde. Zu dieser Versammlung waren die Christlichen sowie die Hirsch-Dunderschen speziell eingeladen. In der Diskussion meldeten sich auch die Herren Konrad (Metallarbeiter), Arbeitersekretär, Zierer, 2. Bezirksleiter Augsburg-Lechhausen und Mierlein-Roth a. S. von den Christlichen, außerdem Hilbmann-Roth von den H.-D. zum Wort. Die Ausführungen Konrads sowie Mierleins waren jedoch zum größten Teil persönliche Geschicklichkeiten; ersterer glaubte uns der Feigheit gehen zu müssen; er sagte, daß wir freien Gewerkschaftler nicht den Mut hätten, das Wort „sozialdemokratisch“ vor unseren Verbandsnamen zu setzen, wie sie dieses mit „Christlich“ tun. Herrn Mierlein schenkte Schrader in seiner Erwiderung gar keine Bedeutung. Herr Konrad verwies er in gebührender Weise in die Schranken zurück, so daß selbiger klein beigab. Hilbmann kam ohne Schimpfen auf unsere Leitung und den Gauleiter Brüggemann nicht zum Ziel. Der Referent gab ihm jedoch in seinem Schlußwort einen hübschen Denkfzettel, indem er erklärte, daß er die paar Wäckernde „Hirsche“ nicht als gleichberechtigte Kampfesktruppe ansehen könne. Der einzige Diskussionsredner, der sich sachlich hielt, mit dem man auch als Gegner sachlich diskutieren konnte, war Herr Zierer, was selbst der Referent anerkannte. Bald nach seinem Auftreten wurde die sehr imposante Versammlung geschlossen. Den Kollegen und Kolleginnen von Roth rufe ich zu: Zeigt mehr Interesse für eure Sache, indem ihr solche Versammlungen zahlreicher denn je besucht, denn die Zeiten werden nicht besser, sondern im Gegenteil schlechter.

Rothschau. Am 5. August fand hier im „Gasthof zur Linde“ eine öffentliche Textilarbeiterversammlung statt, welche etwas besser besucht hätte sein können. Man sieht in den Versammlungen immer wieder bloß die alten Gesichter. Gerade die Arbeiter, welche es am notwendigsten hätten, sich über Zweck und Nutzen ihrer Organisation aufklären zu lassen, bleiben teilnahmslos zu Hause. Geschäftsführer Max Winkler-Reichenbach referierte in 1 1/2 stündiger Rede über: „Die Textilarbeiter im Kampfe für ihre Menschenrechte“. Die trefflichen Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. In seinem Schlußwort forderte er die Anwesenden auf, überall tüchtig für den Verband zu agitieren.

St. Tönis. Sonntag, den 30. August, feiert die freiorganisierte Arbeiterchaft zu St. Tönis in den Gartenanlagen des Herrn Franz Maas (Restauration zum Waldschlößchen) ihr erstes großes Gewerkschaftsfest, unter freundlicher Mitwirkung des Turnvereins „Gut Heil“ und des Arbeitergesangsvereins „Sängervereinigung“. Das Instrumentalkonzert wird ausgeführt von der Steinischen Kapelle in Krefeld. Sodann finden viele Lustbarkeiten statt, Preis- und Sportspiele für Herren, für Damen Preis-Ballwerfen, Auflassen von Luftballons, Kinderbelustigungen aller Art, Kinderbescherungen, beim Eintreten der Dunkelheit Kinderfackelzug mit bengalischer Beleuchtung, Kinder ohne Begleitung Erwachsener haben keinen Zutritt. Entree pro Person 20 Pf.

Literatur.

Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Berlin SO., Engländer 15 IV, sind erschienen: **Protokoll der Verhandlungen des 6. Gewerkschaftskongresses**, abgehalten vom 22. bis 27. Juni 1908 in Hamburg, sowie „Die deutschen Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen“ von L. Brunner. Beide Schriften sind durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 Mk. pro Exemplar, der der Brunnerschen Schrift 1,50 Mk. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die Schriften zum Selbstkostenpreis, das Protokoll zu 25 Pf. und die Schrift von Brunner zu 50 Pf. pro Exemplar.

Das 23 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben.

Die von L. Brunner bearbeitete Schrift gibt einen Ueberblick über die Stärke und die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890, sowie eine vergleichende Uebersicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung in bezug auf die Größe der Bewegung in den einzelnen Ländern. Veranschaulicht wird diese Darstellung durch 10 graphische Tabellen und einer statistischen Aufstellung. Die Arbeit ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Schrift mit gleichem Titel, die zum ersten Male im Jahre 1905 herausgegeben wurde. War in der ersten Schrift das Hauptgewicht auf die Darstellung des Verhältnisses der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen gelegt, so ist bei der vorliegenden Arbeit Wert darauf gelegt worden, die geographische Verbreitung der Gewerkschaften und den Charakter derselben als Kampforganisation und ihre Erfolge, zur Anschauung zu bringen. Beide Schriften verdienen die weiteste Verbreitung.

Briefkasten.

R. N. in S. Wenn ein Weg 30 Jahre lang zur Benutzung freigegeben war, kann er nicht mehr gesperrt werden. Es wäre aber möglich, daß das Verwaltungsgericht anerkennt, daß der in Frage kommende Weg auch nicht mehr gesperrt werden dürfe, weil er, nachdem sich der Verkehr in gewissem Maße seiner bemächtigt hat, für die Einwohnerschaft nun unentbehrlich geworden sei. Die Gemeinde soll auf Wiederöffnung des Weges klagen; ob sie aber damit Erfolg haben würde, können wir nicht sagen.

Steinsdorf, Webermeister W. B. Die Zahl der in Deutschland vorhandenen Webereibetriebe können wir nicht ermitteln; die Zahl der Textilbetriebe überhaupt beträgt nach der letzten Berufszählung mehr als 14 000.

S., Blumenau. Es fehlte die Angabe des neuen Lokals.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf dem Postanweisungsschnitt anzugeben. Jede Sendung

muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Daselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmte muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Ueber 20 Gramm schwere Inlandsbriefe müssen mit 20 Pf. frankiert werden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 403 194, auf Paul Kasper lautend, eingetreten im Januar 1908 in Blumenau i. Schl. ist auf der Reise von Wittenberg nach Zülpzig verloren gegangen. Es wird ersucht, das Buch, falls es gefunden wird, an uns zu senden.

Der Zentralvorstand.

Gauverwaltungen.

Gau Elsaß. Die Versammlungen mit Kollegen Prächtig finden statt:

- Lahr am 29. August.
- Kollnau am 30. August.
- Freiburg am 31. August.
- Lörrach am 1. September.
- Brombach am 2. September.
- Schopfheim am 3. September.
- Hausen am 4. September.
- Zell am 5. September.
- Todtnau am 6. September.
- Maulburg am 7. September.
- Bad Rheinfelden am 9. September.
- Säckingen am 10. September.
- Murg am 11. September.
- Görwihl am 12. September.
- Tingen am 13. September.
- Waldbühl am 14. September.
- St. Ludwig am 16. September.
- Mühlhausen am 17. September.
- Dornach am 18. September.
- Pfaffstätt am 19. September.
- Sennheim am 20. September.
- Masmünster am 21. September.
- St. Amarin am 23. September.
- Sulz am 24. September.
- Gebweiler am 25. September.
- Bühl am 26. September.
- Lautenbach am 27. September.
- Colmar am 28. September.
- Neßeral am 30. September.
- Mühlbach am 1. Oktober.
- Breitenbach am 2. Oktober.
- Luttenbach am 3. Oktober.
- Wettelsheim-Wingenheim am 4. Oktober.
- Markirch am 5. Oktober.
- Eschbach am 6. Oktober.
- Bischweiler am 7. Oktober.

Es ist seitens der Kollegen an den verschiedenen Orten für zahlreiche Besuche zu sorgen. Z. A.: Jos. Gsell.

Ortsverwaltungen.

Blumenau i. Schl. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Bücher in Ordnung zu bringen, da dieselben durch die Unterkassierer zwecks Kontrolle eingezogen werden.

Heinrich Herrmann, Kassierer.

Dobris. Die Kollegen und Kolleginnen werden hierdurch aufs dringendste gebeten, die Bücher bis spätestens den 12. September in Ordnung zu bringen. Wie bereits jedes Mitglied wissen wird, tritt am 1. Oktober die Beitragserhöhung in Kraft und werden wir zuvor sämtliche Bücher zwecks Kontrolle einzubringen. Die Ortsverwaltung.

Limbach. Das Mitgliedsbuch Nr. 421 302, auf den Namen Gertrud Frank lautend, geboren am 5. Mai 1889 in Limbach, eingetreten in den Verband am 29. März 1908 in Limbach, ist verloren gegangen. Sollte dasselbe irgendwo auftauchen, so bitte ich, es abzunehmen und an untenstehende Adresse einzusenden. Des weiteren werden alle Mitglieder, welche sich mit ihren Wochenbeiträgen im Rückstand befinden, ersucht, bis mit Ablauf des dritten Quartals (30. September) ihre Bücher in Ordnung zu bringen, da ab 1. Oktober andere Marken eingeführt werden. Gustav Sittig, Geschäftsführer, Limbach i. S., Oststr. 14, II.

Mittweida i. S. Das Mitglied Karl Susta, geboren am 21. April 1891 in Prag i. B., Buch-Nr. 402 134, ist von hier abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Bei seinem Auftauchen wolle man sofort dem Unterzeichneten Nachricht zugehen lassen. Hugo Sehfert, Geschäftsführer, Mittweida i. S., Schützenstr. 31.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

- Bremen. Emil Hermann, 32 Jahre alt — Gehirnerschütterung.
- Chemnitz. Amalie Lange, Weberin, 50 Jahre alt — Unterleibsleiden.
- Elberfeld. Am 8. August Ernst v. d. Seydt, 29 Jahre alt.
- Glauchau. Gustav Adolf Otto, 59 Jahre alt — Darmkatarrh.
- Landsberg a. W. Albine Schuller, 53 Jahre alt — Gebärmutterkrebs.
- Ludenwalde. Am 14. August Richard Neuhaus, 32 Jahre alt — Bruch des Rückgrats.
- Lunzenau. Otto Schönitz, 24 Jahre alt — Proletarierkrankheit.
- Moselwitz-Untergrochwitz. Am 15. August Franz Hartmann, 56 Jahre alt — Lungenentzündung; Robert Stöcker, 43 Jahre alt — chronisches Leiden.
- St. Tönis. Peter Hafft, 29 Jahre alt — Halsleiden.
- Bittau. Josef Paulata, 41 Jahre alt — Proletarierkrankheit.
- Zwidau-Lichtentanne. Walter Heidel, 24 Jahre alt — Gelenkrheumatismus.

Ehre ihrem Andenken!

Streitfalltafel.

(Notizen, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bezw. sind ausgesperrt:

Episenweber in:

Zwidau i. Sa. (Randmann u. Hellwig).

In Bewegung ohne Streit befinden sich: Spinner und Andreher in Leipzig (Leipz. Baumwollspinnerei). Posamentierer in: Dänemark.

Versammlungskalender.

- Berlin. Zentralzahlstelle: Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Mansche, Blumenstr. 38: Zahltag.
- Berlin. Bezirk Osten. Zahlstelle: Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Rittmisch, Stralauer Allee 20a: Zahltag.
- Berlin. Zahlstelle: Müdersdorferstr. 18, bei Wittner.
- Berlin. (Sektion der Posamentierer.) Jeden Sonnabend, abends von 6—9 Uhr bei Die, Alte Jakobstr. 119: Zahltag.
- Berlin. (Sektion der Defateure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Vollmann, Alte Jakobstraße 68: Zahltag.
- Berlin. (Sektion Weizenfee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Lehderstraße: Zahltag.
- Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Wogler, Landsbergerstraße 115: Zahltag.
- Berlin. Branchenversammlung der Färber am 29. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Merkowsti, Andreasstraße 26. Vortrag der Kollegin Martha Hoppe über: „Der häusliche Herd im Zeitalter des Kapitalismus“.
- Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitagabend von 8—10 Uhr bei Engel, Seidelstraße 30, Zahltag.
- Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei J. Stadowiak, Marchstr. 23: Zahltag.
- Berlin. (Für Moabit.) Zahlstelle: Goktowskystr. 24, bei Keil.
- Berlin. (Sektion Nixdorf.) Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Göppner, Bietenstr. 81: Zahltag.
- Burscheid. Sonntag, den 30. August, nachmittags 5 Uhr, bei Albert Peter Massiven.
- Füssen. Jeden Sonntagvormittag 10 Uhr im „Lamm“ Zahltag.
- Görlitz. Sonnabend, den 29. August, 8 1/2 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5.
- Göhrnis. Sonnabend, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Haus“.
- Hamburg. (Posamentierer.) Sonnabend, den 29. August, abends 9 1/2 Uhr, bei Salzen, Caffamacherreihe 15/17.
- Kirchberg. Sonntag, 30. August, nachmittags 5 Uhr, im „Tivoli“.
- Liegnitz. Sonnabend, 29. August, abends 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Hinterbleiche.
- Limbach. Sonnabend, 29. August, abends 9 Uhr, im „Johannesbad“.
- Niederschönweide. Jeden Sonnabend von nachmittags 5 Uhr an bei Otto Neumann, Grünauer Straße 5: Zahltag.
- Mühlhausen i. Elb. Mittwoch, 26. August.
- Pulsnitz. Sonnabend, 23. August.
- Ronneburg. Dienstag, 25. August, abends 9 Uhr, im „Fürstenteller“.
- Ronsdorf. Sonnabend, 29. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Otto Becker.
- Schmölln. Mittwoch, 26. August, abends 8 1/2 Uhr, in der „Sonne“.
- Stuttgart. Mittwoch, 26. August, abends 7 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 14.
- Süchteln. Sonntag, 30. August, abends 6 Uhr, bei Gurtmanns, Beststraße.
- Zhaißingen. Sonnabend (Samstag) 29. August, im „Adler“.

Erscheinen aller in den Versammlungen notwendig!

ANZEIGEN

(Kostenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Cöpenick. **Achtung!** **Achtung!**

Mittwoch, den 26. August, abends 8 Uhr, bei Stippkehl, Schönerlinderstr. 5

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht des Kassierers vom II. Quartal. 5. Verschiedenes.

Die Filiale Berlin beabsichtigt, zum 1. Oktober d. J.

zwei Geschäftsführer

anzustellen. Gehalt Mk. 1800 pro Jahr. Bednerisch und organisatorisch fähige Kollegen und Kolleginnen, welche jedoch mindestens 5 Jahre gewerkschaftlich und politisch organisiert sind, wollen ihre Offerten bis zum 5. September an den Kollegen Carl Hübsch, Berlin, Andreasstr. 61, II. einsenden.

Ortsverwaltung Berlin.

Filiale Ronneburg.

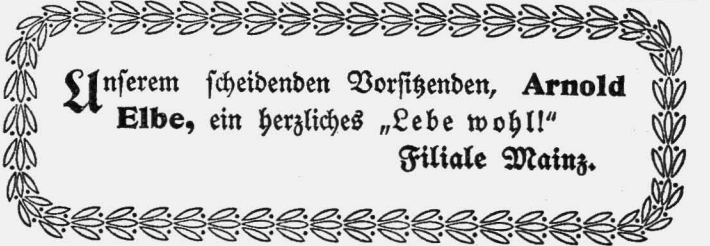
Die Feier des 15 jährigen Bestehens unserer Filiale findet Sonntag, den 30. August 1908 im „Fürstenteller“ statt.

Nachmittag 3 Uhr:

Konzert. — Belustigungen.

Abend 7 Uhr: BALL

Hierzu ladet die Kolleginnen und Kollegen nebst Angehörigen ergebenst ein Die Ortsverwaltung.



Unserem scheidenden Vorsitzenden, Arnold Elbe, ein herzliches „Lebe wohl!“ Filiale Mainz.

Beschwerden über Redaktion und Expedition sind an G. Wasewitz, Berlin N., Lychnersstr. 31 III, zu richten.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Montag, den 24. August.

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die Redaktion: Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.